

6. September
6/2023

www.landtag-mv.de



„AufgeSCHLOSSen“
6. bis 13. September

+++ Handwerk in MV +++ Steuerentlastung für Gastgewerbe geplant +++ Debatte über Zukunftsenergien +++
Streit um Finanzierung Freier Schulen +++ Asylpolitik bleibt Herausforderung +++ Künstliche
Intelligenz im Unterricht +++ Programm „AufgeSCHLOSSen“ +++



3	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	„Wir in Mecklenburg-Vorpommern: Eine starke Demokratie braucht gelebte Solidarität“ (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)
4 - 13	Auszüge aus der Originaldebatte	Jeannine Rösler (DIE LINKE), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Thore Stein (AfD), Franz-Robert Liskow (CDU), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP), Julian Barlen (SPD)
13 - 26	Berichte	Keine neuen Erkenntnisse zu Nord-Stream-Beschädigung Handwerk in Mecklenburg-Vorpommern Steuerentlastung für Gastgewerbe geplant Debatte über Zukunftsenergien Streit um Finanzierung Freier Schulen Thema: Extremwetterlagen Asylpolitik bleibt Herausforderung
26 - 28	Meldungen	Rechtssicherheit für Dorfschulen Künstliche Intelligenz im Unterricht Wald ist kein Renditeobjekt Kein Bedarf an „Spurwechsel“ bei Fachkräfteeinwanderung Grunderwerbsteuer bleibt unverändert Nachbesserungen bei Güterverkehrswende gefordert Burkhard Bley neuer Landesbeauftragter für Aufarbeitung SED-Diktatur
29 - 32	Befragung der Landesregierung	
33 - 34	Gesetzgebung	
35 - 38	Ausschüsse	Europäischer Besuch Agrarausschus bei Agrarproduktions- und Vertriebesgemeinschaft Rügen Finanzausschuss bei Abfallentsorgungsgesellschaft Justiz 2030 Umweltkennzeichnungen Thema im Ausschuss der Regionen
39	PANOMORAMA	Programm „AufgeSCHLOSSen“
40	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet.
In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.
Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 11.8.2023



Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Jeannine Rösler, während der Aktuellen Stunde.

Sorgen um die Demokratie

Fraktionen debattieren über Solidarität

■ In der Aktuellen Stunde im Juli befassten sich die Abgeordneten auf Antrag der LINKEN mit den Themen Demokratie und Solidarität. Der Landesverfassung soll nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE das Staatsziel „konsequente Zurückdrängung rassistischer, antisemitischer und neonationalsozialistischer Bestrebungen“ hinzugefügt werden. „Ein aktives Ja zu unseren Grundrechten wird umso wichtiger in Zeiten, in denen sich eine in den Landtagen und im Bundestag vertretene Partei immer enger mit offenen Demokratiefeinden verzahnt“, sagte die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler. Alle Menschen seien gefordert, aktiv für die Grundrechte einzutreten.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) betonte, dass ihr die wachsende gesellschaftliche Polarisierung Sorgen bereite. „Es gibt Kräfte, die uns spalten wollen. Sie instrumentalisieren den gesellschaftlichen Wandel, um Unzufriedenheit mit der Demokratie zu schüren. Das setzt die Demokratie unter Druck.“ Unzufriedenheit und Unmut könnten auch aus Sorge vor der Zukunft wachsen. Deshalb liege der Schwerpunkt des kommenden Doppelhaushaltes beim sozialen Zusammenhalt.

Für **Thore Stein** (AfD) geht die Haltung der LINKEN an der Lebensrealität der Menschen vorbei. „Sie fordern von den Menschen in diesem Land eine grenzenlose Solidarität ein, mit jedem, der den Weg in die Solidargemeinschaft Deutsch-

lands findet, also letztlich in die Solidarsysteme dieses Landes.“ Die LINKEN forderten auch die Solidarität für Menschen jenseits des Kontinents Europa. „Und dabei vergessen Sie zunehmend bewusst die eigenen Menschen, Sie vergessen zudem das eigene Volk und das wahrscheinlich auch aus Kalkül heraus.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow** sagte, er stehe für eine Solidarität, die auf Freiheit, Toleranz und Mitgefühl beruht. „Ich bin dagegen, dass die Solidarität als eine Art Totschlagargument gebraucht wird.“ Er könne es politisch nachvollziehen, wenn es die Regierung gerne sieht, dass sich alle unterhalten. „Aber dann nennen Sie das bitte nicht Solidarität.“ Denn Solidarität heiße bei den LINKEN Konformitätsdruck.

„Ich möchte, dass die Koalition sich genau anschaut, wo Handlungspotenziale sind, wo wir den sozialen Kitt in diesem Land mit konkreten Maßnahmen stärken können“, forderte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Sie erinnerte daran, dass gelebte Solidarität heiße, in einer Gesellschaft auch die Schwächsten mitzunehmen und ihnen Chancen zu eröffnen. So könnte in MV jedes vierte Kind, das in Armutsgefährdung lebe, von einer Kindergrundsicherung profitieren.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke**, erinnerte im Zusammenhang mit gelebter Solidarität an den Steuer-

zahlergedenktag. „Bis heute haben die Menschen in diesem Land und bundesweit nur für Steuern und Abgaben gearbeitet. Ab heute arbeiten sie fürs eigene Portemonnaie.“ Das Steuersystem sei das Solidarsystem, in dem die starken Schultern das tragen, wo andere nicht einzahlen können. „Die Menschen merken doch, was sie an Abgabenlast haben.“

„Populismus, Totalitarismus, Radikalität, Extremismus haben die Lage in der Geschichte egal, wie gut oder schlecht sie tatsächlich war, nie verbessert und immer schlimmer gemacht“, erklärte der

SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Es seien immer die Teilhabe der Menschen oder mehr Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit gewesen, die die Gesellschaften und Volkswirtschaften stark gemacht haben. Die Menschen müssten gerade in so sorgenvollen Zeiten wie diesen mit Zuversicht in die Zukunft blicken können und auf ihre Fragen demokratische Antworten erhalten.

Lesen sie im Anschluss Auszüge aus den Original-Redebeiträgen der Abgeordneten.

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Wir schaffen das!“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Solidarität und Zivilcourage sind das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Sie wird getragen von Menschen, die im Sinne von Frieden, von Gerechtigkeit, von Toleranz und Weltoffenheit, im Sinne von Menschenrechten handeln, freiwillig und aus Überzeugung. Jede und jeder von uns kennt diese Menschen, begegnet diesen Menschen im Alltag. Wir arbeiten zusammen, wir reden miteinander, wir hören einander zu, wir lernen voneinander und gestalten zusammen das Leben vor Ort und im Land, ohne Vorurteile und respektvoll. Ich denke dabei an meine Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Gemeindevertretung, an die Ehrenamtlichen, die das Dorffest organisieren oder die Kinder und Jugendliche trainieren [...] Meine Damen und Herren, „die Würde des Menschen ist unantastbar“ – das sagt sich so leicht und ist doch nicht selbstverständlich. Wir alle sind gefordert, aktiv für die in der Verfassung verankerten Grundrechte einzutreten. Sie zu schützen, ist immerwährende Aufgabe.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und René Domke, FDP)

Ich bin überzeugt, wir schaffen das.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wächst die Kraft derer, die sich gegen Hass und Gewalt, für ein friedliches und tolerantes Miteinander ganz vielfältig und ganz praktisch engagieren. Stärken wir diesen engagierten Menschen den Rücken mit allem, was erforderlich und möglich ist! [...] Ein aktives Ja zu unseren Grundwerten und Grundrechten wird umso wichtiger in Zeiten, in denen sich eine in Landtagen und dem Bundestag vertretene Partei immer enger mit offenen Demokratiefreunden verzahnt.

(Thore Stein, AfD: Wen meinen Sie denn? – Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Ein aktives Ja zu demokratischen Grundwerten heißt, das Ehrenamt in den Kommunen zu stärken, die unzähligen Freiwilligen hier im Land zu unterstützen [...] aber auch den Kommunen stehen wir zur Seite. Solidarische Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen und aufgenommen haben, unterstützt das Land mit einem 20-Millionen-Bürgerprogramm bei verschiedenen Vorhaben, was noch einmal deutlich über die ohnehin vollständige Erstattung der Kosten für die Unterbringung der Geflüchteten hinausgeht.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Wir erwarten, dass sich der Bund seiner Verantwortung stellt und die Länder endlich mehr und verlässlicher als bislang unterstützt [...] Meine Damen und Herren, selbst wenn vonseiten des Bundes Ungemach droht und unser Haushalt auf Kante genäht ist, lässt die rot-rote Koalition die Familien im Land nicht im Stich. Es bleibt bei der gebührenfreien Kita, es bleibt beim gebührenfreien Ferienhort, und mit dem vergünstigten Azubi- und Seniorenticket sorgen wir für Entlastung im Portemonnaie aller Generationen. Gleichzeitig stärken wir Schule und Kitas.

(René Domke, FDP: Ob das bedarfsgerecht ist, da fragt keiner nach.)

Und wenn schon der Bund hier nicht sonderlich solidarisch ist, dann müssen wir es umso mehr sein, und deshalb setzen wir die Sprach-Kitas fort und finanzieren sie aus eigenen Mitteln.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Solidarität vermissen wir nach wie vor bei den Netzentgelten für den Strom. Hierzulande sind die Preise immer noch die höchsten in Deutschland.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach!
Sie sind doch aber in der Regierung!)*

[...] Meine Damen und Herren, die sich überlagernden Krisen in bisher nicht gekanntem Ausmaß treffen und fordern die Gesellschaft und jeden Einzelnen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Welche denn jetzt?)*

Menschen sind verunsichert, sie sind beunruhigt und haben teilweise Angst.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sie haben sie verunsichert. Sie,
weil Sie Angst gemacht haben!)*

Hier haben Rechtspopulisten leichtes Spiel.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nee,
da haben Sie jetzt einen komischen Blick drauf.)*

Sie heizen das Feuer der Angst ordentlich an,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das macht der Wetterbericht, damit haben wir nichts zu tun.)*

bieten aber selbst keine tragfähigen Lösungen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Gleichzeitig, gleichzeitig spielen Sie in übler Weise Menschengruppen aus, schüren Hass und Hetze und sehnen politisches Chaos herbei, um daraus Kapital zu schlagen.

*(Martin Schmidt, AfD: Das
politische Chaos macht die Ampel. –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Für alle Demokratinnen und Demokraten heißt es mehr denn je, in schwerer See standhaft zu sein,

*(Enrico Schult, AfD: Gemeinsam in
den Untergang, Frau Rösler, gewiss!)*

den demokratischen Kurs zu halten und den Zielhafen gut und sicher zu erreichen. [...]

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Bringen Sie sich ein!
Beteiligen Sie sich!
Ändern Sie etwas!“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] „Mecklenburg-Vorpommern ist ein republikanischer, demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteter Rechtsstaat.“ So steht es in Artikel 2 unserer Landesverfassung. Nach 60 Jahren, in denen unser Land von Diktaturen regiert wurde, konnte die Verfassungskommission des Landtags das 1993 endlich aufschreiben. Der Landtag hat damals die Verfassung mit großer Mehrheit beschlossen und unsere Bürgerinnen und Bürger haben 1994 in einem Volksentscheid diese Verfassung gebilligt. Demokratie ist unser höchstes Gut. [...]

[...] Mein Dank gilt den Menschen, die im Alltag Demokratie leben. Dazu gehören die Mitglieder in den beinahe 700 Stadt- und Gemeinderäten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die vielen, die sich in politischen Parteien, in Bürgerinitiativen für unser demokratisches Leben und für den sozialen Zusammenhalt engagieren. Sie bringen ihre Meinung ein, sie diskutieren, sie setzen sich mit anderen Meinungen auseinander, sie treffen Entscheidungen, bringen ihre Kommune, ihr Umfeld und unsere Demokratie voran. Dafür vielen, vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE,
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und René Domke, FDP)*

[...] wir leben in Zeiten, wo unsere Demokratie herausgefordert ist. Und dennoch, unsere Demokratie ist stark und stabil und wir haben gemeinsam die Verantwortung, unsere Demokratie zu schützen und zu stärken. Wir leben in Zeiten einer wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung und das macht mir Sorgen, das sollte uns allen Sorgen machen. [...] Und ich sage ganz deutlich, wir brauchen eine Politik des Ausgleichs. Wenn wir Klimaschutz machen, dann müssen wir auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen berücksichti-



Foto: Uwe Sinnecker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am Rednerpult

gen. Wir können nicht den Klimawandel leugnen,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

wir dürfen es aber auch nicht gegen die Bürger machen, den Klimaschutz, es braucht die Politik des Ausgleichs.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Und ich will auch ganz deutlich sagen, beim Thema Flüchtlinge, [...]. Es gibt die einen, die sagen, wir haben humanitäre Verantwortung und wir müssen das packen, egal wie schwierig es ist. Und es gibt die anderen, die sagen, macht doch einfach Zäune um Europa

(Thore Stein, AfD: Genau.)

und dann kommt schon keiner, und sie ignorieren, dass es viele Flüchtlinge gibt, die eben auf der Flucht sind wegen der großen Probleme,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

wegen dem Krieg, aber zum Beispiel auch wegen Gewalt und Armut. Und da ist es auch wieder wichtig, dass wir eine Politik des Ausgleichs haben, dass wir sagen, ja, wir haben eine humanitäre Verantwortung, es muss aber vor Ort auch machbar sein und wir müssen vor allem denjenigen, die Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen, auch die praktischen Möglichkeiten bieten.

[...] Es gibt keine Toleranz gegenüber Hass und Gewalt, das hat in einer guten Demokratie nichts zu suchen!

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE,
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
und René Domke, FDP –*

Zuruf von Thore Stein, AfD)

Der Präsident des Verfassungsschutzes sagte aber auch, die größte Gefahr für die Demokratie und für die Sicherheit geht aus vom Rechtsextremismus, und das deckt sich mit den Berichten auch des Verfassungsschutzes des Landes seit vielen Jahren. Und diejenigen, die vor allem am meisten eintreten für unsere Demokratie, spüren diesen Druck am ehesten. [...]

[...] sozialer Zusammenhalt ist wichtig für eine starke Demokratie. Und beides, Zusammenhalt wie Demokratie, braucht die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. [...] Deshalb richte ich meinen Dank an diese Engagierten, aber auch eine Einladung an alle Unzufriedenen: Bringen Sie sich ein! Beteiligen Sie sich! Ändern Sie etwas!

*(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Ändern Sie sich, wollten Sie sagen. –
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)*

Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass unser Land vorankommt! Unsere Demokratie bietet viele Möglichkeiten dafür, denn Demokratie ist die beste Grundlage für unser Land, für ein gutes Zusammenleben in unserem Land und dafür sollten wir weiter eintreten. – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

■ Thore Stein, AfD:

„Für Sie gilt Solidarität weltweit,
für uns nicht.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] wenn ich mir dann die Ausführungen von Frau Rösler anhöre, dann ging es eigentlich eher um linke Umverteilungsfantasien [...] Solidarität [...] ist das unbedingte Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele. Und [...] ist dabei vornehmlich ein Produkt der Evolution. Das hat sich weder Karl Marx noch Ferdinand Lassalle ausgedacht. Es haben sich immer schon Individuen [...] zusammengeslossen, [...] zusammen konnten sie sich dadurch einen evolutionären Vorteil verschaffen. [...]

Wir finden dabei ganz konkret ausgestaltete Beispiele unserer modernen Gesellschaft. Das ist die Arbeitsteilung [...], das sind soziale Sicherungssysteme [...] Das sind aber auch [...] die Familien, das sind die Dorfgemeinschaften, das sind die Vereine. [...] hier sind der Solidarität schon Grenzen gesetzt [...] denn der Mensch im Regelfall betrachtet sein näheres Umfeld und nicht, [...] die ganze Welt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Enrico Schult, AfD: Richtig!)

Für Sie gilt Solidarität weltweit, für uns nicht [...] Wohlstand ist nicht grenzenlos verfügbar und somit auch nicht [...] grenzenlos verteilbar. Und somit funktioniert diese Solidargemeinschaft nur dann gut, solange alle Mitglieder dieser Gemeinschaft darin einen Vorteil auch für sich selber erkennen – für sich, für ihre nächsten Angehörigen und vielleicht noch für enge Freunde. Darüber hinaus hört die Bereitschaft [...] auf

[...] das ist das Dilemma Ihrer gesamten linken Politik,

(Julian Barlen, SPD: Thore Stein der Weisheit.)

[...] Sie vergessen zunehmend das eigene Volk [...] wer diesen Weg nicht mitgehen will, der wird ausgeschlossen, der

wird stigmatisiert und der wird ins gesellschaftliche Abseits gedrängt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn wir einen Blick auf die aktuellen Umfrageergebnisse [...] werfen, dann erkennen wir eben, dass es immer mehr Menschen sind, die schlichtweg keine Lust mehr haben, sich von Ihnen und Ihrer Politik das Eigene nehmen zu lassen. Das ist auch gut so. [...]

Sie haben dazu ein Glaubwürdigkeitsproblem, Frau Rösler, denn während hier heute wieder der große Zusammenhalt beschworen wird, nehmen die Entgleisungen [...] immer mehr zu.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

[...] da kommt der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes Stephan Kramer und sagt, na ja, es gibt nun mal 20 Prozent braunen Bodensatz in der Bundesrepublik. [...]

Und zur Abrundung noch die allseits beliebte Frau Chebli, ehemalige Staatssekretärin der SPD, die stellt nämlich fest zum Höhenflug der AfD, ich zitiere: „Es braucht jetzt harte zivile, politische ... Stoppsignale an“ all „jene, die ihr Wahlrecht wissentlich und rücksichtslos zum Schaden ihrer Mitmenschen gebrauchen.“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Das ist Ihr Verständnis von Demokratie [...] dafür sollten Sie sich schämen!

[...] wenn Sie also von Demokratie und Solidarität sprechen, dann gehen Sie erst mal dorthin, wo den Menschen durch Ihre Politik seit Jahrzehnten das Gefühl gegeben wird, dass eben jene Solidarität für jeden gilt auf dieser Erde, nur nicht unbedingt für das eigene Volk! Fragen Sie doch mal die Menschen [...] abseits Ihrer links-grünen Blase [...] was sie von Ihrer Angstmache [...] halten! [...] wie sie sich fühlen, wenn sie nach Jahrzehnten harter Arbeit von kümmerlicher Rente leben müssen [...] fragen Sie mal junge Eltern, deren Kinder kaum noch etwas [...] lernen [...], was Sie von Ihrem artfremden Gendergequatsche und Regenbogenfahnen halten! Gar nichts!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] die Feinde der Demokratie sind sicherlich nicht wir. Und Solidarität [...] gilt [...] zuallererst für jene Menschen dieser Generation, die Wohlstand und die Errungenschaften dieser Nation und ihre Sozialsysteme geschaffen haben, und das ist das deutsche Volk. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Ich stehe für eine Solidarität, die auf Freiheit, Toleranz und Mitgefühl beruht.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im Osten Deutschlands hat der Begriff der Solidarität einen ganz besonderen Klang. Die staatlich verordnete Solidarität in der DDR etwa ist nichts anderes gewesen als ein Instrument.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Es wurde benutzt, um die Menschen in einer Illusion der Einheit gefangen zu halten. Hinter dem Schleier der vermeintlichen Solidarität verbarg sich ein repressives Regime, das auf Zwang und Unterdrückung basierte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Die DDR-Führung predigte unaufhörlich von Solidarität und Gemeinschaftssinn. Doch in Wirklichkeit wurden die Menschen gezwungen, sich dem System unterzuordnen. Die sogenannte Solidarität wurde erzwungen und nicht freiwillig gelebt. Die staatlich verordnete Solidarität bedeutete in der DDR vor allem gleichgeschaltete Meinung und Gleichmacherei. Jeder, der es wagte, abweichende Meinungen zu äußern oder aufzubegehren, wurde unterdrückt, verfolgt und auch oft genug weggesperrt. Die Freiheit der Meinungsäußerung und des Denkens wurde durch die Solidaritätssparolen der Regierung erstickt. [...]

Als beispielsweise kürzlich der Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat scheiterte – da ging es um das geplante LNG-Terminal –, da hieß es auch aus den Reihen der Linkskoalition, die anderen Bundesländer würden sich Mecklenburg-Vorpommern gegenüber unsolidarisch verhalten.

Und Frau Rösler hat es ja gerade in ihrer Rede auch erwähnt, beim Thema Netzentgelte und „Uns eint das Ziel“ wären auch alle anderen Bundesländer unsolidarisch. Ich würde das „de-

mokratische Prozesse im Föderalismus“ nennen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Noetzel, DIE LINKE)

Es gibt aber auch noch viele, viele andere Beispiele. Es scheint, immer dann, wenn jemand nicht Ihrer Meinung ist, dann behaupten Sie, dass er sich unsolidarisch verhält, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Sebastian Ehlers, CDU: So ist das.)

Umgekehrt stelle ich zum Beispiel fest, dass wir gestern einen Gesetzesentwurf auf der Tagesordnung hatten, mit dem das Quorum für die abstrakte Normenkontrolle abgesenkt werden sollte. Sie von der Linkskoalition kennen den Grund dieses Antrages. Aber spätestens, wenn es um ein solches Anliegen geht, dann ist eben Schluss mit der angeblichen Solidarität unter Demokraten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, FDP und Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich jedenfalls stehe für eine Solidarität, die auf Freiheit, Toleranz und Mitgefühl beruht. Und ich bin dagegen, dass die Solidarität als eine Art Totschlagargument gebraucht wird. Dass Sie es als Regierung gerne sehen, wenn sich alle unterhaken, das kann ich politisch sogar nachvollziehen, aber dann nennen Sie das bitte nicht Solidarität! [...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein kurzer Ausflug in die deutsche Geschichte zu Beginn meiner Rede war mir persönlich sehr wichtig, denn wenn DIE LINKE von Solidarität redet, dann meint sie nicht das Gleiche wie ich, wenn ich von Solidarität rede. Solidarität heißt bei den LINKEN nämlich auch Konformitätsdruck.

(Heiterkeit bei Christian Albrecht, DIE LINKE)

[...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, echte Solidarität besteht darin, gemeinsam stark zu sein, ohne sich dabei dem Zwang der Gleichmacherei zu unterwerfen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

■ Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Seien wir solidarisch mit den Menschen im Land und miteinander!“

Foto: Uwe Sinnacker



[...] Politik allein kann [...] die Gesellschaft nicht zusammenhalten, sie ist aber für einen großen Teil des Kitts verantwortlich, der die Menschen entweder zusammenschweißt oder [...] wenn sie fehlen, auseinandertreibt. [...] Und, wo wir gerade bei Vertrauen in die Politik sind, [...] auch wir GRÜNEN uns kritisch unser Handeln anschauen müssen, dass wir viel näher an die Menschen müssen, dass wir zuhören müssen, [...],

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] wenn Akzeptanz für Klimamaßnahmen geschaffen werden soll, dann müssen wir die Leute mitnehmen für eine soziale Klimapolitik, sozialverträgliche Maßnahmen entwickeln [...] das Gebäudeenergiegesetz und die damit verbundenen Pläne sind nicht gut kommuniziert worden. [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und René Domke, FDP)*

[...] Gelebte Solidarität [...] heißt auch, die Schwächsten der Gesellschaft mitzunehmen. [...] Der neueste Kinderreport des Kinderhilfswerkes zeigt, dass über die Hälfte der Menschen [...] bereit wären, mehr Steuern zu bezahlen, wenn dieses Geld den ärmsten Kindern unter uns zugutekommen würde.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Das ist gelebte Solidarität [...] Da darf ich [...] unseren eigenen Antrag zum Armuts- und Reichtumsbericht erinnern, der [...] von der Koalition komplett abgeschmettert wurde [...]. Seit fast 30 Jahren ist die SPD [...] in der Regierung, und [...] hält [...]

nicht für nötig, in einem Bundesland mit einer der höchsten Armutsgefährdungsquoten [...]. Das ist ein Armutszeugnis für diese Regierung!

*(Julian Barlen, SPD:
Das stimmt doch einfach nicht.)*

[...] trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, wenn sich Rot-Rot immer wieder für faire Löhne und eine starke Tarifbindung ausspricht, wenn wir dann [...] im Historisch-Technischen Museum gerade aktuell erleben können,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP –
Sebastian Ehlers, CDU, und
Torsten Renz, CDU: Sehr richtig! –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)*

nein, wie die Menschen [...] für tarifliche Bezahlung kämpfen und ihnen immer noch der vollwertige Tarifvertrag verwehrt wird? [...]

*(Julian Barlen, SPD: Was?
Dass TV-L-Lohn bezahlt wird?!)*

Finden Sie es okay, [...], dass Kindertagespflegepersonen in diesem Land teilweise mit drastischer Unterbezahlung im Regen stehen gelassen werden,

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

[...] was ist mit den Betreuungsvereinen, die jetzt [...] zumachen, [...].

*(Torsten Renz, CDU: Ja, Herr Koplin,
hören Sie sich das an!)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

[...] ich möchte mit einer versöhnlichen Note aus dieser Debatte gehen. [...] weil ich weiß,

(Torsten Renz, CDU: Echt?)

dass wir Demokrat/-innen wissen,

*(Michael Noetzel, DIE LINKE:
Das klang aber nicht so.)*

wovon die größte Gefahr in diesem Saal ausgeht

*(Michael Noetzel, DIE LINKE:
Ja, dann sagen Sie es dann auch so.)*

und überall in der Bundesrepublik, und zwar von den rechtsblau-braunen Menschenfeind/-innen der AfD und ihrem perfiden Plan,



Abgeordnete Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) während ihrer Rede im Plenarsaal

(Zuruf von Michael Noetzel, DIE LINKE)

die Grundpfeiler unserer Demokratie ins Wanken zu bringen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Und gerade weil [...] die Brandmauer gegen rechts hoch stehen und fest gemauert sein muss, [...]

(Michael Noetzel, DIE LINKE: Ja.)

und gerade weil [...] in Sonneberg und Raguhn-Jeßnitz jetzt die AfD regiert, und [...] in dieser letzten Sonntagsfrage [...] die AfD mit einer dicken Hose dasteht, gerade deswegen war es mir wichtig, auf unser aller Verantwortung hier einzugehen.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Denn es wird nicht reichen, dass wir Nazis „Nazis“ nennen.

(Horst Förster, AfD: Zwangsbekehrung würde ich empfehlen.)

Es wird nicht reichen, dass wir Rechtsextreme „rechtsextrem“ nennen, es wird auch nicht reichen, den Leuten zu erzählen,

*(Thore Stein, AfD:
Hallo, liebe Frau Präsidentin!)*

wenn ihr die wählt, dann seid ihr nicht demokratisch.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Das wird nicht reichen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall René Domke, FDP)

[...]

*(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig)*

Und wenn wir [...] das Schlimmste [...] verhindern wollen, [...], dann müssen wir uns als Demokrat/-innen in die Augen schauen

*(Horst Förster, AfD:
Dann machen Sie weiter so?!)*

und gemeinsam ehrlich an Antworten arbeiten und die Verbindung von Politik

*(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Jens-Holger Schneider, AfD)*

mit den Menschen in diesem Land wieder stärken [...]

Wir müssen das Geschrei von rechts außen ausblenden [...] wir müssen uns auf die Menschen und ihre Bedürfnisse konzentrieren. Wir müssen gemeinsam Dinge auf den Weg bringen für alle in unserem Land [...]. Seien wir solidarisch mit den Menschen im Land und miteinander! Wagen wir mehr Demokratie! Nehmen wir sie ernst und nehmen wir sie an! – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

■ René Domke, FDP:

„Demokratie muss [...] gelebt werden.“

Foto: Uwe Sinnacker



[...] wir benutzen die Begriffe „Demokratie“ und „Solidarität“ [...] recht inflationär, [...]. Und manchmal stelle ich mir [...] die Frage, ob sich jeder überhaupt noch im Klaren ist über die Bedeutung dieser Begriffe. [...].

[...] Demokratie kann [...] nur unter der Voraussetzung existieren, dass die Mitglieder einer Gesellschaft sich selbst und dieser Gesellschaft Vertrauen entgegenbringen und Verantwortung übernehmen – Stichwort „Eigenverantwortung“. Die Bürgerinnen und Bürger müssen ein Gefühl haben, dass sie Teil von etwas sind, von dem auch andere ein Teil sind. Erst das stiftet [...] den für eine Demokratie notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt, [...] das kann durch Gesetze und Verordnungen nicht vorgeschrieben werden.

Demokratie ist gewissermaßen auch eine paradoxe Form von Gesellschaft, denn sie steht immer in dem Spannungsfeld [...] zwischen individuellen und kollektiven Interessen [...]. Fakt ist aber auch, dass eine liberale Demokratie [...] auch [...] eine Zumutung für Menschen darstellt, die viel Orientierung, [...] Halt und Anweisung brauchen [...]. Ist also nicht heute die doch viel größere Herausforderung [...], dass die Freiheit, die unsere Demokratie sichert, von vielen Menschen eben nicht nur als Entlastung gesehen wird [...], sondern auch als Belastung, die aus einer permanenten Anforderung resultiert, selbst urteilen und Verantwortung übernehmen zu sollen?!

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der CDU, FDP und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] In vielen gegenwärtigen Demokratien erleben wir eine Politik der Identität und Angst, so auch bei uns, und diese setzt auf kulturell und mental heimatlose Menschen. Sie bietet eigentlich eine Entlastung durch Unfreiheit [...]. [...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] gegen diese Freiheit von Furcht opponiert [...] die Politik der Angst, wie wir sie teilweise oder insbesondere vom Rechtspopulismus vorgetragen bekommen. Aber eben nicht nur der Rechtspopulismus, sondern auch andere beschwören alltäglich die Angst vor der Zukunft herauf.

Und da liegt für mich der Kern des aktuellen Problems: [...] es obsiegen im Grunde die Furcht und der Zweifel an der Demokratie. Das verunsichert die Menschen, das führt dazu, dass man auch Angst vor Demokratie bekommt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

Demokratie muss [...] gelebt werden, Demokratie muss sich gerade im politischen Handeln jeden Tag aufs Neue zeigen. [...]. Demokratie ist nur dann stark, wenn sie getragen wird von den Bürgerinnen und Bürgern, aber [...] genau hierin liegt [...] auch die Zerbrechlichkeit von Demokratie.

[...] unser Land wurde in jüngster Vergangenheit mit einer Vielzahl von Krisen und Herausforderungen konfrontiert. [...] Und die Herausforderungen bestehen weiter [...].

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...] Also führen Verunsicherung und das Ungewisse [...] zu einer Bedrohung der Demokratie? [...] Reicht [...] das Bestärken dessen, was die Menschen beunruhigt, aus, um sie populistisch zu umgarnen? Ich gewinne langsam den Eindruck.

[...] da muss es doch gerade unsere Aufgabe sein [...], ein positives optimistisches Bild von der Zukunft zu entwerfen, nicht immer, dass wir hier nur die dunklen Seiten aufzeigen. [...] [...] wir müssen [...] auch mal ein positives, ein mutiges Signal setzen! Das vermisste ich.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –
Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)*

[...] Und [...] wir müssen viel [...] häufiger darüber reden, was echte gelebte Solidarität ist. [...] eine Demokratie braucht die Solidarität. [...]

■ Julian Barlen, SPD:

„Sie sind alle dazu eingeladen, dieses MV gemeinsam zu gestalten!“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...]„Wir in Mecklenburg-Vorpommern: Eine starke Demokratie braucht gelebte Solidarität“ – vielen Dank an DIE LINKE für die Anmeldung dieses [...] brandaktuellen wichtigen Themas. [...] Die Studien sind genannt worden, [...] das sind schwerwiegende Befunde für unsere Demokratie, auch für unser Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern. [...] Dank für alle Beiträge hier, die sich damit auseinandergesetzt haben, wie wir das stärken, das verteidigen, das fördern, wozu uns [...] schon unsere Landesverfassung [...] verpflichtet, nämlich die Würde aller in diesem Land Lebenden oder – hört, hört! – sich hier aufhaltenden Menschen zu achten und zu schützen!

(Petra Federau, AfD: Gehören wir auch dazu?)

Und an der Stelle ist die AfD offenkundig raus.

(Petra Federau, AfD: Ach so, wir zählen für Sie nicht! – Zurufe von Horst Förster, AfD, und Thore Stein, AfD)

Das konnten wir der sehr erwartbaren, die Opferrolle der AfD betonend,

(Thore Stein, AfD: Das sehen unsere Wähler aber anders.)

zugleich aber erstaunlich deutlich völkisch nationalen Rede von Thore Stein hier entnehmen.

(Thore Stein, AfD: Ja, sehr gerne. Sehr gerne.)

An der Stelle ist die AfD raus. Und das ist übrigens auch der Grund, warum der Verfassungsschutz Sie auf dem Zettel hat.

(Thore Stein, AfD: Das ist der Grund, warum 30 Prozent der Menschen im Land uns wählen würden, Herr Barlen. Der Wähler hat zu bestimmen. – Zuruf von Horst Förster, AfD)

Dass Sie so mit den Werten unserer Verfassung hier umspringen, das werden wir nicht akzeptieren, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...]

Gestern hat das Kabinett den Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms beraten, und darin ist [...] noch mal deutlich geworden, was für eine Leistung in der Arbeitswelt, im Ehrenamt, in der Verwaltung, in den Institutionen, in den Kirchen, Gewerkschaften, im Landesberatungsnetzwerk, in der Landeszentrale, ja, auch in der Politik, vor allem in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik, generell in der Zivilgesellschaft geleistet wird. Das ist mutig, und das ist die Kraft in unserem Land, die an eine demokratische Gesellschaft glaubt und die mit uns ganz laut und deutlich an dieser Stelle einmal Folgendes sagt: Kein Problem, keine Unzufriedenheit, keine Angst, keine Sorge rechtfertigt es, jene zu befürworten oder jene sogar zu wählen, die das Gift des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus versprühen.

Um es ganz klar zu sagen, Populismus, Totalitarismus, Radikalität, Extremismus

(Martin Schmidt, AfD: Langweilig.)

haben die Lage in der Geschichte, egal, wie gut oder schlecht sie tatsächlich war, nie verbessert und immer schlimmer gemacht. Und das galt damals und das gilt heute!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und René Domke, FDP)

Es waren immer mehr Teilhabe der Menschen, mehr Demokratie, mehr Verteilungsgerechtigkeit, die die Gesellschaften, die die Volkswirtschaften stark, innovativ und wohlhabend gemacht haben,

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

und das gilt gerade und insbesondere auch für die Bundesrepublik Deutschland. Und weil das so ist, sollten wir uns alle gemeinsam – gerade in so sorgenvollen Zeiten wie diesen – den 70/80 Prozent plus der Bevölkerung zuwenden, die auf die sehr berechtigte Frage [...], wie sich Wandel mit machbaren Konzepten so gestalten lässt, dass es auch gerecht zugeht und dass die Menschen mit Zuversicht in die Zukunft blicken können[...]. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, und diesen Anspruch vertreten wir auch mit unserem Koalitionsvertrag „Aufbruch 2030“.

[...] Wir sind nicht angetreten, um uns bei ein bisschen Gegenwind hier ins Bockshorn jagen zu lassen, sondern um Mecklenburg-Vorpommern für die vielen Menschen und mit den vielen konstruktiven Menschen zu einem noch besseren Ort werden zu lassen. Und dazu laden wir [...] alle Menschen ein, die mit menschlichem Respekt

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

und mit demokratischem Anstand an die Sache herangehen. Sie sind alle dazu eingeladen, dieses Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam zu gestalten!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)



Fotos: Uwe Sinnecker

Horst Förster (AfD) bringt den Antrag der AfD-Fraktion ein.

Keine neuen Erkenntnisse zu Nord-Stream-Beschädigung

Spannende Debatte über Informationen und Zuständigkeiten

■ „Wer ist dafür verantwortlich?“, fragte Horst Förster (AfD) in der Antragseingabe zum Thema „Aufklärung des Anschlages auf die Nord-Stream-Pipelines“. Obwohl diese Zerstörung „ein Vorgang von historischer Bedeutung“ sei, gebe es keine Auskünfte zu den bisherigen Ermittlungsergebnissen. Der Verweis der Bundesregierung auf „überragende schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen“ nähere den Boden für „Spekulationen und Verschwörungstheorien“. Darum forderte die AfD von der Landesregierung, sich um die Aufklärung des Anschlages zu bemühen und den Landtag über vorliegende Ergebnisse zu unterrichten. Es ginge auch um die Bewertung der entstandenen Umweltschäden und der bestehenden Risiken für die maritime Infrastruktur in der Ostsee. Das Land solle bei der Bundesregierung auf Transparenz drängen.

In der Debatte wollten weder der Innenminister noch die anderen Fraktionen der AfD-Argumentation folgen. Sie verwiesen auf die generelle Zuständigkeit des Bundes. DIE LINKE beteiligte sich nicht an der Debatte.

Die Sprengung der Nord-Stream-Leitungen im September 2022 sei die „größte Sabotageaktion der letzten Jahrzehnte“ gewesen, begründete Horst Förster

(AfD) die Motivation für den Antrag seiner Fraktion. Der Anschlag „wäre früher ein Kriegsgrund gewesen“.

Gleichwohl sehe die AfD in der Angele-

genheit ein Landesthema, da die Pipelines die Energieversorgung des Landes langfristig sichern sollten. Nur mit der Umweltstiftung des Landes konnte Nord Stream 2 zu Ende gebaut werden. Den Schaden habe nun die Wirtschaft sowie „jeder einzelne Bürger“.

Seit Monaten verweigere der Bund unter dem „Deckmantel“ der „schutzbedürftigen Geheimhaltungsinteressen“ Auskünfte, kritisierte Horst Förster. Es sei für „eine intakte Demokratie undenkbar“, wenn die Nicht-Aufklärung eines Verbrechens dem Staatswohl dienen solle – geradezu „eine Bankrotterklärung für den Rechtsstaat Deutschland und seine Souveränität“. Darum müsse die Landesregierung „Flagge zeigen, [...] für unsere zeitlos gültigen Werte, für Recht und Freiheit, gegen Unterwürfigkeit und Bevormundung“.

Es sei klug, appellierte Innenminister Christian Pögel (SPD) an das Parlament, die Ermittlungsergebnisse „zu den vermutlichen Sprengstoffanschlägen“ abzuwarten.

Strafrechtlich betrachtet lägen die beiden Tatorte in dänischen und schwedischen Hoheitsgewässern – „aus deut-

scher Sicht im Ausland“, verdeutlichte der Minister. Es handle sich also in erster Linie „um Ermittlungsverfahren europäischer Partnerländer“. Diese definierten „selbstverständlich den Grad der Geheimhaltung“ und entschieden, inwieweit eine zu frühe Veröffentlichung von Informationen weitere Ermittlungen gefährdeten.

In Deutschland habe der Generalbundesanwalt die Ermittlungen eingeleitet. Er allein lege fest, was aus den deutschen Ermittlungsaktivitäten bekannt werde. Der Landesregierung obliege es nicht, dies zu bewerten, hob der Minister hervor.

Er gehe davon aus, dass Bundesregierung und Generalbundesanwalt das öffentliche Interesse berücksichtigten. Die Landesregierung werde sich nicht an „Spekulationen“ beteiligen.

Ann Christin von Allwörden (CDU) betonte, dass die Nord-Stream-Pipelines nicht der Bundesrepublik und auch nicht dem Land MV gehörten. Entgegen dem jahrelang vermittelten Eindruck seien sie Privateigentum. Die Sprengungen ereigneten sich nicht in deutschen Hoheitsgewässern. Die Aufnahme von Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt habe damit zu tun, dass die Pipelines Teil eines durch Deutschland führenden Energieversorgungsnetzes seien. Sie stimme zu, dass sich aus der Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes eine politische Bedeutung ergebe, die zuvor nicht offen adressiert wurde. Auch die Stiftungsgründung zeugte von einer politischen Dimension.

Aber der AfD-Forderung, Landtag und Landesregierung mögen Mutmaßungen zur Täterschaft des Anschlages bestätigen, erteilte sie eine Absage.

Die Abgeordnete warf der AfD vor, mit Anti-Amerikanismus und Russlandfreundlichkeit Stimmen zu fangen. Da sei die AfD „im Moment die einzig verbleibende Fraktion“, die „auf dem Feld noch unterwegs ist“. Die CDU werde sich dabei nicht unterstützen.

Die ermittlungsführende Behörde zur Klärung der Explosionen der Erdgaspipelines, bestätigte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), sei die Generalbundesanwaltschaft.

Nach aktuellem Stand der Ermittlungen seien weder Täter bekannt noch könnten Täter ausgeschlossen werden. Der

Generalbundesanwalt habe mitgeteilt, dass die Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen „weitergehende Ermittlungsmaßnahmen erschweren oder gar vereiteln“ würde.

Unabhängig davon, verdeutlichte Hannes Damm, hätten die Pipelines die strategische außenpolitische Souveränität Deutschlands untergraben und die europäischen Klima- und Energieziele unterkariert. Kein Gas aus Russland zu beziehen und langfristig unabhängig zu werden, stärke die Bundesrepublik, die Gesellschaft und die Wirtschaft.

Statt sich „am spekulativen Geraune der AfD zu beteiligen“, sollten drängende Probleme gelöst werden. Dazu gehöre, dass erneuerbare Energien eine nachhaltige, unabhängige, dezentrale und widerstandsfähige Energieversorgung garantierten, „ohne uns von diktatorisch geführten Staaten abhängig machen zu müssen“.

René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) warf der AfD vor, ein Thema gefunden zu haben, „welches ja die politischen Ränder ganz links und ganz rechts offensichtlich verbindet“.

Die Gemeinsamkeiten könne die AfD „auf Bundesebene ausgiebig pflegen“, denn da gehöre der Antrag hin. Dort hätten AfD-Bundestagsabgeordnete bereits Anfragen gestellt. Die AfD möge erklären, warum jetzt ein Antrag mit Forderungen an die Landesregierung erfolgreicher sein soll.

René Domke warf der Fraktion vor, sich als „großen Kümmerer“ darzustellen und mit „den Ängsten der Menschen [zu] spielen“, um daraus „Kapital [zu] schlagen“ und schlussfolgerte: „Die Lösung interessiert Sie doch gar nicht.“

Er sei ein großer Verfechter davon, die Anträge der AfD mit aller gebotenen Sachlichkeit zu reflektieren, versicherte der Abgeordnete. „Aber hier machen sie es [mir] wirklich absolut schwer.“ Er wisse gar nicht, was dieser Antrag im Landtag zu suchen habe. „Wir können eigentlich einen Haken dran machen. Wir müssen die Ermittlung einfach abwarten“, fasste er zusammen.

Falko Beitz (SPD) warf die Frage auf, was diese Debatte zur Aufklärung des Anschlages auf die Nord-Stream-Pipelines beitragen werde. Er denke: nichts.

Doch um Aufklärung ginge es der AfD auch gar nicht. Die Fraktion wolle den

Eindruck erwecken, es gäbe „eine Verschwörung“, wobei „dem ‚deutschen Volk‘ lebenswichtige Informationen vorenthalten würden“.

Was die AfD gut könne, sei das Ansehen der Regierung zu beschädigen, Unsicherheit und Ängste zu schüren.

Sofern gesicherte Informationen zu den Anschlügen vorlägen, werde es auch Informationen geben. „Denn wir bewegen uns in einem sehr, sehr heiklen Bereich internationaler Beziehungen, dem Angriff auf kritische Infrastruktur“. Da äußere man nicht „leichtfertig Vermutungen und halb gares Wissen“. Er sei sich bewusst, dass die AfD dies gern tun würde, denn Schlagzeilen waren der Fraktion ja schon immer wichtiger als Verantwortung für das Land. Diese Debatte bringe uns weder in MV noch in Deutschland voran, fasste Falko Beitz zusammen: „Wir lehnen den Antrag ab.“

Horst Förster (AfD) zeigte sich am Ende der Debatte enttäuscht. Er habe den Eindruck, dass seinen Kollegen die Faktenlage aus „naheliegenden politischen Gründen“ nicht passe und sie von einer „Selbstblendung“ betroffen seien.

Sollte Russland als Täter auszuschließen sein, dann bewege man sich „auf höchst sensiblen Gebiet“. Damit müsse man sich politisch auseinandersetzen, richtete er an das Plenum. Wenn ein verbündetes Land als Täter denkbar sei, dann kann man sich doch nicht als Bürger eines selbstbewussten Staates, einfach „zurücklehnen“.

Horst Förster verwehrte sich gegen die lächerliche Interpretation der Drucksache und die Unterstellung von Verschwörungstheorien. Er verurteilte, dass die Debatte für „Propaganda“ zur grünen Politik genutzt wurde.

Der Abgeordnete wiederholte abschließend, dass „Deutschland als halbwegs souveräne Nation“ Informationen zu den Ermittlungen fehlten. Warum werde hier unterlassen, was in jedem Strafverfahren üblich sei. Er bedauerte, dass die Brisanz des Themas nicht anerkannt wurde.

Für den Antrag stimmten nur die AfD und die fraktionslose Abgeordnete, alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

Antrag AfD
Drucksache 8/2351



Foto: nordreport

Das Eindecken von Dächern mit dem Naturbaustoff Reet ist eine der ältesten Handwerkstechniken.

Handwerk in MV attraktiv gestalten

Fortsetzung der breitangelegten Handwerksförderung

■ Mit 19,2 Prozent Anteil an den Unternehmen im Land und einem Umsatz von circa 9,3 Milliarden Euro bilden Handwerksbetriebe eine tragende Säule der hiesigen Wirtschaft. In mehr als 19.000 Firmen sind über 93.000 Menschen beschäftigt.

Doch gerade dem Handwerk machen der Arbeits- und Fachkräftemangel oder die schwierige Organisation der Betriebsnachfolge zu schaffen. Deshalb schlugen DIE LINKE und SPD den Erhalt und Ausbau unterstützender Maßnahmen vor. Dazu gehören Beratungs- und Serviceangebote, gezielte Förderinstrumente, Stärkung der Meisterausbildung sowie Imagekampagnen für das Handwerk oder die Meisterausbildung.

AfD und CDU erkannten im Antrag ihre zuvor stets abgelehnten Ideen wieder. Insgesamt sah die Opposition zu viele „Allgemeinplätze“ in der Initiative von SPD und DIE LINKE. Vieles sei selbstverständlich, keinesfalls neu. Daher konkretisierten je ein Änderungsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrere Punkte.

Das Handwerk, so erklärte **Henning Foerster** (DIE LINKE), die Motivation für den Antrag, sei nicht nur „ein ganz wichtiger Bestandteil der Wirtschaftslandschaft“ in MV. Mit seiner starken traditionellen und gleichzeitig innovativen Ausrichtung belege es ein breites Spektrum an Geschäftsfeldern. Um dies zu erhalten, müssen „neue Zielgruppen“ wie Frauen oder ausländische Arbeits- und Fachkräfte für das Handwerk begeistert werden. Auch setze die Regierungskoalition auf Seiteneinsteiger an den beruflichen Schulen und auf das „wiederkehrende Thema“ des Abbaus bürokratischer Hürden.

Ein weiterer Schwerpunkt bestünde in der fortgesetzten Werbung für die Meisterausbildung und die Meisterförderung „Meister-Extra“.

„Das Handwerk attraktiv und zukunftsfähig zu entwickeln, bleibt eine Herausforderung“, gab Henning Foerster zu, zeigte sich aber überzeugt, dass der vorliegende Antrag die Branche „ein Stück weiterbringen“ werde.

Der Antrag sei gut, denn er wage den Gesamtblick, urteilte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Er verwies auch auf die landestypische Besonderheit von vielen Einzelunternehmen, die „sehr resilient“ seien und „hohe Überlebensraten“ hätten. Doch gerade diese Handwerker bräuchten Unterstützung durch Imagekampagnen oder in der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung. Auch das Thema Nachfolgezentrale MV sei „ganz, ganz wichtig“. Ferner habe die Politik ein Interesse an der Verteidigung des Quali-

tätssiegels Meisterausbildung, ergänzte der Minister. Deshalb stelle das Land im „Meister-Extra“-Programm 2.000 Euro pro Absolventen plus 3.000 Euro für die 50 Besten eines Jahrgangs bereit. Bei Schaffung von mindestens einem Arbeits- und einem Ausbildungsplatz bei Unternehmensneugründung werden auf die Basis-Meisterprämie von 7.500 Euro 2.500 Euro draufgeschlagen. In Bezug auf den Bürokratieabbau bat Minister Meyer um „konkrete Vorschläge“.

Im Handwerk treffe „Tradition“ auf den „Motor für Innovation und Fortschritt“, illustrierte **Michael Meister** (AfD) die Ansicht seiner Fraktion. Handwerk sei der „Inbegriff für Qualität und Präzision“ und „die Garantie für verlässliche Arbeit“.

Bundesweit 600.000 junge Menschen, die keinerlei Verpflichtungen nachgingen, sprächen weniger für ein demografisches, sondern für ein Problem mit dem „Bildungssystem, der Erziehung und mit dem Setzen fehlerhafter Anreize“. Grundlegende Hemmnisse, wie die hohe Abgabenlast, schlechte Infrastruktur oder hohe Energiekosten täten ihr Übriges.

Seit Beginn der Legislatur, merkte der Abgeordnete an, habe die AfD ähnliche Anträge eingebracht – ohne Erfolg. Nun listen die Regierungsfractionen „Selbstverständlichkeiten“ auf, denen sich eine „rege Landesregierung“ und „eine funktionierende Verwaltung sowieso widmen sollte“. „Bei so viel heißer Luft“ werde sich die AfD enthalten.



Tom Hinze (l) and Stefan Kröplin (r) erstellen ein Tiny House in Uphahl. Foto: nordreport

Der Antrag sei endlich mal ein Wirtschaftsantrag, der wirklich die Wirtschaft unterstütze, kommentierte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Allerdings biete der Inhalt „rein gar nichts Neues“. Zu jedem Punkt hatte die CDU – allein oder mit anderen Oppositionsfraktionen – schon Drucksachen erarbeitet. „Allesamt abgelehnt“ und viel Zeit verloren, machte der Abgeordnete seinen Unmut deutlich. Natürlich werde die CDU jetzt zustimmen, man unterstütze doch die eigenen Ideen. Ohnehin seien die Forderungen fachlich „vernünftig“. Besonders wenn sie mit den Vorschlägen aus dem CDU-Änderungsantrag, wie kostenfreie Meisterausbildung, die Motivierung von Langzeitarbeitslosen fürs Handwerk und mehr Bürokratieabbau, komplettiert würden.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine schnellere Anpassung der Berufsschullehrpläne im „Klimahandwerk“ sei von der Intention her richtig, „vom Wording her“ falsch. Das lehne die CDU ab.

Im Vergleich mit anderen Branchen, so **Falko Beitz** (SPD), stehe das Handwerk vor der speziellen Herausforderung der Arbeits- und Fachkräftesicherung sowie der Regelung der Unternehmensnachfolge. Deswegen müssten bewährte Förderinstrumente, Imagekampagnen und Unterstützungsangebote fortgeführt werden. Die Regierungskoalition wolle bisher „vernachlässigte Zielgruppen“ in den Fokus rücken. Eine Karriere im Handwerk müsse auch für Frauen akzeptabel sein. Notwendig sei es genauso, „ausländische Arbeits- und Fachkräfte zu akquirieren, zu qualifizieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren“.

Für die Bewältigung des künftigen Arbeits- und Fachkräftebedarfs spiele der

Erhalt des Meisterprogramms „Meister-Extra“ und der Kampagne „Besser ein Meister“ eine wesentliche Rolle. Denn am Ende des Tages brauche dieses Land nicht nur Master, es brauche Meister, zitierte der Abgeordnete den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil.

Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen, kündigte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Die Regierungsfaktionen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Es fänden sich im Antrag „viele sinnvolle Forderungen“ wieder, die im Landtag schon früher thematisiert wurden. Sie begrüßte die Förderung von Frauen und ausländischen Fachkräften. Auch bei den hohen Abbruchquoten in der Lehrausbildung sei „noch viel Luft nach oben“.

Im Allgemeinen schloss sich die Abgeordnete der Kritik der Vorredner an, dass Dinge gefordert würden, die selbstverständlich sein sollten. „Einfach machen“, richtete Jutta Wegner an DIE LINKE und SPD, besonders wenn es um Bürokratieabbau ginge. Da gehe auch der Änderungsantrag der CDU noch nicht weit genug. Sie beantragte darum die ziffernweise Abstimmung dieses CDU-Antrages.

Abschließend warb Jutta Wegner für den Änderungsantrag ihrer Fraktion, der kürzere Überarbeitungszyklen der Berufsschullehrpläne forderte, um neue technologische Trends im Klimahandwerk zu berücksichtigen.

„Guter Antrag“, versicherte **Sandy van Baal** (FDP) der Regierungskoalition. DIE LINKE und SPD hätten den Oppositionsanträgen gut zugehört und „alles mitgenommen“. Die FDP werde dem Antrag natürlich zustimmen.

Auch wenn sich ihre Fraktion mit Subventionen schwertäte, aber wo es „einen sinnvollen Mehrwert“ bringe, stimme sie zu. Das betreffe auch die Programme „Meister-Extra“ und „Besser ein Meister“. Zum Punkt „Bürokratieabbau“ ermunterte die Abgeordnete die Regierungsfaktionen, dies in Zusammenarbeit mit der Opposition anzugehen. Die FDP unterstütze das gerne und werde somit auch dem Änderungsantrag der CDU zustimmen. Ein Anfang könne mit der Verkürzung des Gesetzentwurfes zum Vergabe- und Tarifreuegesetz gemacht werden.

Der andere Punkt sei die Nachfolgezentrale MV, deren Arbeit die FDP schätze und weiterhin finanziert sehen wolle.

Den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde die FDP aus den gleichen Gründen wie die CDU ablehnen.

Die Regierungskoalition wollte mit ihrem Antrag verdeutlichen, fasste **Henning Foerster** (DIE LINKE) die Debatte zusammen, dass sie das Handwerk heute und auch in Zukunft unterstütze.

Er begrüßte den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies aber auf den ähnlich formulierten und sogar weiter gefassten Punkt im eigenen Antrag.

Der CDU-Änderungsantrag könnte demnächst hinfällig werden, da der Bundesrat einen Beschluss zur Meisterausbildung gefasst habe und eine bundeseinheitliche Regelung zu erwarten sei. Auch bezweifelte Henning Foerster, Langzeitarbeitslose durch Imagekampagnen für eine Tätigkeit im Handwerk gewinnen zu können. „Langzeitarbeitslose brauchen erst mal ganz andere Instrumente, um stabilisiert und im besten Fall wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt zu werden“. In Bezug auf den Bürokratieabbau sei er dafür, sich „erstens konkrete und zweitens realistische Ziele zu setzen“. Beide Änderungsanträge werde die Regierungskoalition ablehnen.

Dem Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmte keine der anderen Fraktionen zu. Alle vier Ziffern im Änderungsantrag der CDU wurden von SPD und DIE LINKE abgelehnt und zwei Ziffern auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Antrag von DIE LINKE und SPD überzeugte fast alle Fraktionen. Lediglich die AfD und die fraktionslose Abgeordnete enthielten sich in der Abstimmung.

Antrag DIE LINKE und SPD
Drucksache 8/2339

hierzu

Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/2406

Änderungsantrag CDU

Drucksache 8/2413

Steuerentlastung für Gastgewerbe geplant

Landesregierung will Festschreibung der verminderten Umsatzsteuer in Bundesrat einbringen

■ Am 1. Juli 2020 wurde für Speisen in Cafés, Restaurants oder beim Catering der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent eingeführt. Diese Maßnahme mitten in der Coronapandemie erwies sich als wirksames Instrument zur Unterstützung der Gastronomie. Nach mehreren Verlängerungen soll diese Regelung Ende 2023 auslaufen. Allerdings haben sich in der Zwischenzeit mit den hohen Energiekosten und steigenden Lebensmittelpreisen neue Herausforderungen für die Branche ergeben. In einem gemeinsamen Antrag von SPD und DIE LINKE wurde die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die bleibende Umsatzsteuerabsenkung einzusetzen. Die Regierungsfractionen verbanden damit die Erwartung, dass die Betriebe den gewonnenen finanziellen Spielraum für ganzjährige, fair bezahlte Beschäftigungen nutzen würden. Die Idee stieß generell auf Zustimmung. Allein der letzte Punkt sorgte für eine Kontroverse, da er als eine politische Einmischung in die Unternehmen gewertet wurde.

Der ermäßigte Umsatzsteuersatz, erklärte **Thomas Würdich** (SPD), stärkte in einer schwierigen Zeit die Binnennachfrage. Gerade in MV seien Gastronomie- und Tourismusbetriebe „essenziell“ als Orte der Begegnung und „Herzstück der Kommunen“.

Deshalb fordere die Regierungskoalition gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion die dauerhafte Beibehaltung der reduzierten Steuer.

Der Abgeordnete argumentierte, dass die verloren gehenden Steuereinnahmen durch die Sicherung der Existenz gastronomischer Einrichtungen kompensiert würden. Denn ein geschlossenes Restaurant erwirtschaftete überhaupt keine Steuerabgaben.



Foto: nordreport

Die Regelungen zum reduzierten Umsatzsteuersatz in der Gastronomie sollen zum Ende des Jahres auslaufen. Davon betroffen ist auch Restaurantfachfrau Laura von der Mehden im Hotel Schloss Basthorst.

Um der gesamten Branche „möglichst frühzeitig Planungssicherheit“ ab 2024 zu geben, sei der Antrag heute auf der Tagesordnung, warb der Abgeordnete für Zustimmung.

„Es ist ein wichtiger Antrag“, hob Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) hervor, „denn es geht um unser Tourismusland“. Nur mit guter Gastronomie, setzte sie fort, könne die Qualität des Tourismus erhalten und den Einheimischen ein attraktives Angebot offeriert werden. Denn von dem niedrigen Steuersatz profitierten auch Caterer für das Kita- und Schulessen oder Bäckereien und Metzgereien.

Dem Land sei es schon damals wichtig gewesen, sich nicht allein auf die Maßnahmen des Bundes zu verlassen. So wurden auf die Oktober- und Novemberhilfe noch fünf Prozent „draufgepackt“.

Ein Auslaufen der Mehrwertsteuerregelung gerade jetzt, wo die Krisen noch nicht überstanden seien, wäre „schlecht“. Daher, so kündigte die Ministerpräsidentin an, wolle die Landesregierung den Antrag für eine Bundesratsinitiative nutzen.

Endlich ein Antrag der Regierungskoalition zur Steuersenkung und der aus Sicht der Verbraucher und Unternehmer „schlüssig“ sei, applaudierte **Martin Schmidt** (AfD) dem Antragsteller. „Wir unterstützen das ausdrücklich, dass sie den Bund beauftragen wollen, die Mehrwertsteuer unten zu lassen“, bestätigte der Abgeordnete im Namen seiner Fraktion. Noch besser wäre eine Reduzierung der Steuern auf Energieträger oder Nahrungsmittel, denn sonst bliebe den Leuten real nichts übrig.

Seine Fraktion hege die Vermutung, dass die Bundesminister dieser Steuersenkung aufgeschlossen gegenüberstünden und dieser Antrag eigentlich nicht nötig sei. Gleichwohl, bekräftigte Martin Schmidt, „sind wir von der AfD sowieso immer mit auf der Kogge“, wenn es darum gehe, die Stimme des Landes auf Bundesebene zu erheben.

Marc Reinhardt (CDU) berichtete von der Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf zur dauerhaften Festschreibung des bestehenden, ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in den Bundestag einzubringen. Dieser Entwurf wurde im Juni im Finanzaus-

schuss von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt, obwohl Kanzler und Finanzminister die Entfristung mehrfach in Aussicht gestellt hatten, kritisierte Marc Reinhardt. Er zweifelte, dass der SPD dieses Thema „tatsächlich so am Herzen“ liege.

Bei der vorliegenden Landtagsdrucksache handle es sich deswegen aus seiner Sicht um einen „reinen Schaufensterantrag“. Die CDU werde den ersten drei Punkten zustimmen. Punkt vier sei „entbehrlich“, denn wer bis heute noch nicht in sein Personal investiert habe, verstehe nicht viel von der Branche.

„Das ist kein Schaufensterantrag“, widersprach Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) seinem Vorredner. „Hier geht es um etwas Elementares für das Tourismusgewerbe in Mecklenburg-Vorpommern“, aber auch darum, wie ernst die Tourismussparte in Berlin genommen werde. „Und deswegen ist es gut und richtig, dass ein solcher Antrag auf der Tagesordnung steht“, bemühte sich der Minister um die Drucksache.

Er verwies auf frühere Erfolge, als in den Jahren 2008/2009 die Landesregierung und Opposition gemeinsam alle Kanäle genutzt hatten, um für Übernahmen den reduzierten Umsatzsteuersatz durchzusetzen. Mit dieser „Tradition“ im Hinterkopf appellierte Reinhard Meyer an Landesregierung und Landtag, kurzum „an diejenigen, die hier sitzen“, „ein klares Zeichen“ in Richtung Berlin zu senden.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gab zu, sich „selten so zerrissen“ gefühlt zu haben, wie bei dieser Rede. „Das Gastgewerbe hat harte Zeiten hinter sich, keine Frage“, räumte die Abgeordnete ein. Allerdings sei von Beginn an klar gewesen, dass die Mehrwertsteuerreduzierung ein „gezieltes, zeitlich befristetes Kriseninstrument“ war.

Ihr sei bewusst, dass es auch Argumente für die Beibehaltung des geringeren Steuersatzes gebe.

„Fakt ist, Bund und Ländern würden dadurch rund 3,3 Milliarden Euro pro Jahr an Steuereinnahmen fehlen“, wand die Abgeordnete ein. Der Bundesfinanzminister habe für 2024 keine Verlängerung der reduzierten Mehrwertsteuer vorgesehen. Weder die Haushaltslage im Bund noch im Land rechtfertige das. „Ich wünschte mir, ich könnte das hier anders sehen“, gestand Jutta Wegner ein.

Henning Foerster (DIE LINKE) verwies auf den Koalitionsvertrag, in dem sich DIE LINKE und SPD bereits darauf verständigt hatten, die abgesenkte Mehrwertsteuer zu verstetigen. Dies sei „mit der klar formulierten Erwartung, dass dafür ganzjährige Beschäftigung im Tourismus und gute Bezahlung umgesetzt wird“, verbunden gewesen.

Gegenwärtig ergebe sich für die Gastronomie ein differenziertes Bild, berichtete der Abgeordnete. Während ungefähr 20 Prozent der Unternehmen Umsatzwächse verzeichneten, kämpften mehr als 30 Prozent mit anhaltenden Einbußen.

Der Fraktion DIE LINKE ginge es um „Entlastung und Planbarkeit“. Und sie wolle gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne. Das seien „zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie gehören zusammen und deswegen werbe ich um Zustimmung [...]“, und zwar in Gänze“, richtete Henning Foerster an seine Kollegen.

Die FDP sei „Steuersenkungen gegenüber generell sehr offen eingestellt“, ließ **Sandy van Baal** (FDP) keinen Zweifel. Insbesondere, wenn diese einem für MV bedeutungsvollen Wirtschaftszweig zugutekämen. Zudem sehe sie in einer dauerhaften einheitlichen Besteuerung gastronomischer Leistungen auch eine Vereinfachung.

Die Entwicklung der Situation auf Bundesebene bleibe „spannend“. An der FDP werde es im Bund definitiv nicht scheitern, vergewisserte die Abgeordnete dem Plenum.

Für den vorliegenden Antrag wünsche die FDP genau wie die CDU die ziffernweise Abstimmung. Den ersten drei

Punkten geben die Freien Demokraten ihre „völlige Zustimmung“. Aber mit Punkt vier habe sich der Antragsteller „ein kleines Eigentor geschossen“. Es könne nicht sein, dass ein Parlament eine Erwartung an einen ganzen Wirtschaftszweig formuliere. Das sei mit der FDP nicht machbar.

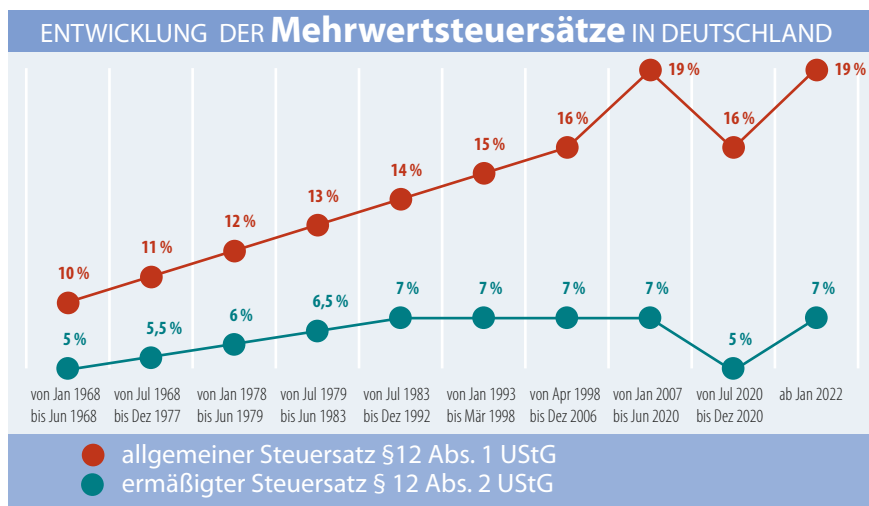
Thomas Würdisch (SPD) dankte für die Diskussion. Gemeinsam setze man ein „wichtiges Zeichen für den Wirtschaftsfaktor Gastronomie und Tourismus“. Der Antrag helfe die wirtschaftliche Grundlage der Betriebe zu sichern und gebe Spielraum für eine gute Bezahlung der Fachkräfte.

Thomas Würdisch hielt Marc Reinhardt entgegen, dass Schaufenster etwas zeigten und ein Angebot machten: „Das ist das, was wir hiermit auch tun.“

Auf die CDU/CSU-Bundesinitiative eingehend, vermutete der Abgeordnete, dass der Antrag vielleicht zu früh eingebracht wurde. Jetzt zu den Haushaltsverhandlungen sei der Zeitpunkt, dieses Thema noch einmal aufzurufen. „Deswegen unser Antrag jetzt und heute, hier an dieser Stelle.“

Der Ziffer eins des Antrages stimmten alle Fraktionen zu. Den Ziffern zwei und drei stimmten alle außer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Der Ziffer vier stimmten nur die SPD und DIE LINKE zu, während sich die AfD enthielt und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU dagegen votierten.

Antrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/2334



Grafik: Uwe Sinnecker

Debatte über Energie der Zukunft

CDU scheitert mit Antrag auf Förderung zukunftsfähiger Technologien

■ Die massiven Klimaänderungen, die auch in MV zu spüren sind, machen die Dringlichkeit einer Änderung der Energieversorgung deutlich. Da sind sich fast alle Fraktionen einig – der Weg dahin ist allerdings umstritten. Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine stärkere Öffnung von zukunftsfähigen Technologien einzusetzen.

Wie der Abgeordnete **Daniel Peters** (CDU) sagte, stünden in MV die erneuerbaren Energien zwar in großem Umfang zur Verfügung. Der dadurch produzierte Strom könne aber nicht in die südlichen Bundesländer transportiert werden, da das dafür notwendige Leitungsnetz nicht vorhanden ist. „Wir wissen auch, dass der Netzausbau hochgradig schwierig zu realisieren ist“, sagte Peters. So biete Wasserstoff immense Potenziale als speicherbarer Brennstoff, die Speicherung sei über Monate hinweg möglich. Es gebe zwar diverse Wasserstoff-Projekte im Land und gleichzeitig würden einige von der früheren Bundesregierung angeschobene Projekte umgesetzt. „Aus unserer Sicht reicht das nicht aus. Hier braucht es vor allem eine Initiative und ein stärkeres Netzwerk, das vor allem Wissenschaft und Wirtschaft zusammenbringt.“ Auch bei der sogenannten CO₂-Verpressung gebe es Potenzial. Insbesondere die industrielle Produktion, bei der das CO₂ anfällt, könne nicht einfach heruntergefahren werden. „Hier könnten wir über kluge Leitungsnetze auch den Standort Rostock verknüpfen und Wirtschaftspotenziale heben“, betonte Peters. Gleichzeitig forderte er die Bundesregierung auf, unverzüglich Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Produktion und Abnahme von erneuerbaren Kraftstoffen (E-Fuels) voranzutreiben. E-Fuels würden



Foto: nordreport

Brennstoffzellenautos mit Wasserstoff, wie dieses in Rostock, gelten als saubere Alternative zu Pkw mit Verbrennungsmotoren: Lokal sind sie emissionsfrei.

zwar immer ein bisschen als ineffizient verpönt, sagte Peters. Doch gerade bei der Produktion der E-Fuels könnte nicht verbrauchte Energie aus regenerierbaren Quellen gut verwendet werden, denn E-Fuels seien gut speicherbar. MV wäre ein guter Standort für Pilotanlagen.

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) zeigte sich verwundert über den CDU-Antrag, da er hauptsächlich Bundesthemen behandle. „Da sind unsere Möglichkeiten natürlich beschränkt.“ Meyer betonte, dass das Land seit langem Wasserstoff-Projekte fördere. Wichtig sei hier die Vernetzung mit den nord- und ostdeutschen Bundesländern. Meyer verwies auf kleinere Projekte in Vorpommern, insbesondere der Fachhochschule Stralsund, beispielsweise beim Thema Mobilität. MV könne auch von Initiativen auf der dänischen Insel Bornholm lernen. Dort entstehe in den kommenden Jahren eine „Energieinsel“, ein mögliches Vorbild für die Insel Rügen. Beim schwierigen Thema CO₂-Verpressung habe die Bundesregierung eine Evaluation im vierjährigen Abstand eingerichtet, sagte Meyer. Das jüngste Ergebnis sei, dass die CO₂-Verpressung benötigt wird. „Deshalb sollten wir mit geeigneten Projekten offen umgehen.“ Meyer kündigte an, im Oktober nach Norwegen zu fahren. Dort gebe es einen großen Erfahrungsschatz über die CO₂-Verpressung in der Nordsee. Skeptisch zeigte sich der Minister bei der Förderung von E-Fuels. Das bringe einen Vorteil im Schiffs- Luft- oder Schwerlastverkehr, aber im PKW-Verkehr sehe er das

nicht. Trotzdem solle das Land technologieoffen mit den E-Fuels umgehen. Einen Mehrwert bei der Förderung von Biogas sehe er dagegen nicht, sagte Meyer abschließend.

Der Antrag der CDU-Fraktion ist nach Ansicht der Abgeordneten **Petra Federau** (AfD) sehr verengt auf die derzeitigen Vorgaben der grün dominierten, fatalen Energiepolitik. „Genau diese hat keine Zukunft.“ Der Antrag sei auch auf wenige Technologien begrenzt, die im internationalen Wettbewerb wenig zukunftsfähig seien. Nur Deutschland betreibe eine absurde, jedoch in der Hauptsache teure Energiepolitik. Andere Länder würden auf Technologie-Offenheit und somit auf Bewährtes wie Öl, Gas und verstärkt auf sichere Kernkraft setzen und seien somit durch niedrigere Energiepreise wettbewerbsfähig. „Rot-Grün setzt alles daran, aus Deutschland eine wirtschaftliche Windmühlenwüste zu machen“, erklärte Federau. Die AfD befürworte jedoch den CDU-Antrag bei der CO₂-Speicherung, die in Norwegen praktiziert wird. „Auch der Fokus auf synthetische Kraftstoffe ist ein Teil von Technologie-Offenheit und eigentlich eine gute Idee“, sagte Federau. Doch der CDU-Vorschlag, die E-Fuels auf erneuerbare Energien zu reduzieren, Sorge wiederum für eine Verteuerung und beeinträchtigt damit den Wettbewerb.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) kritisierte den CDU-Antrag. Dieser beklage, dass der Druck auf Unternehmen und Privathaushalte wegen einer verfehlten Energiepo-

litik gestiegen und die öffentliche Hand nach CDU-Ansicht nun gefordert sei, den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes zu sichern. „Ja, die Energiepolitik diverser Merkel-Regierungen war verfehlt“, betonte Seiffert. Unter Schwarz-Gelb sei der Ausbau der erneuerbaren Energien maßgeblich gebremst und zum Schluss sei alles auf eine Karte, nämlich billiges Erdgas, gesetzt worden. Auch in regionalen Planungsverbänden in MV sei von der CDU die Ausweisung neuer Windeignungsgebiete verzögert worden. Seiffert betonte, dass zur Wasserstoff-Herstellung sehr viel Energie benötigt werde. Allerdings sei „grüner Wasserstoff“ nicht in ausreichendem Maße vorhanden oder herzustellen, um damit Erdgas als Brenn- oder Treibstoff zu ersetzen. Mit Wasserstoff könne also keine Erdgas-Heizung oder der PKW mit Verbrennungsmotor betrieben werden. Wasserstoff werde deshalb hauptsächlich zur Transformation der Industrie, für Schiffe, Flugzeuge oder Nutzfahrzeuge benötigt.

„Das Zeitalter der Verbrennung ist ein für allemal vorbei“, kommentierte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Antrag der CDU-Fraktion. Es gebe mittlerweile effizientere Lösungen für fast alle technischen Prozesse, die auf Brennstoffen basieren. „Ihr Antrag ist geprägt von einem romantischen Bild, dass alles so bleiben kann, wie es bisher war.“ Doch der Verschwendung von Energie in Form von Abwärme müsse ein Ende gesetzt werden. „Auch Wasserstoff dürfen wir nicht als Brennstoff missbrauchen, er ist viel zu schade dafür“, sagte Damm. Der Wasserstoff werde künftig hauptsächlich in der Chemieindustrie benötigt. Bei der CO₂-Verpressung verwies er auf eine Strategie, die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für dieses Jahr initiiert wurde. Damm kritisierte auch den CDU-Antrag hinsichtlich der Biomasse. „Der Bedarf an Biomasse steigt jedes Jahr, aber das Angebot kann nicht mitwachsen.“ Die Flächen auf der Erde seien begrenzt.

In Deutschland seien in den vergangenen Jahrzehnten alle Energien im Wesentlichen importiert worden, sagte der FDP-Abgeordnete **David Wulff**. Das sei hauptsächlich Gas gewesen. „Und im

Wesentlichen dürfen wir gerade alle dafür büßen“, zitierte Wulff den Naturforscher Alexander Humboldt (1769-1859). Deshalb müsse der Schwerpunkt auf den Wasserstoff gelegt werden. „Wir sind hier in MV in der Lage, grünen Strom zu produzieren.“ Dafür stünden Wind, Sonne, Geothermie und Biogas-Anlagen zur Verfügung. In Zukunft müsse das Land auf Speicherung und Transport von Wasserstoff setzen. Die FDP in MV habe bei der Vorlage der Wasserstoffstrategie des Bundes mitgearbeitet und entsprechend Einfluss genommen. „Wir haben eine eigene Vorstellung von dem, wie wir in diesem Bundesland nach vorne kommen“, sagte Wulff. Es sei immer einfacher, mit einem eigenen Vorschlag zu kommen, als auf andere Vorschläge zu reagieren. Das gelte für die Wasserstoff-Strategie oder für die CO₂-Verpressung. Gleichzeitig forderte Wulff die Landesregierung auf, ihr finanzielles Engagement für die Kernfusions-Forschung in Greifswald zu erhöhen.

„Das Thema Wasserstoff läuft gerade richtig hoch“, sagte der SPD-Abgeordnete **Christian Winter**. „MV ist bei der Entwicklung rund um den Wasserstoff mittendrin statt nur dabei.“ Er kritisierte, dass mindestens in den vergangenen zehn Jahren der Bundesregierungen unter Angela Merkel (CDU) zu wenig passiert sei. „Aber letztendlich geht es doch darum, dass Sie der Ampelkoalition vorhalten, das aufzuholen, was Ihre Wirtschaftsminister über Jahre, mindestens ein Jahrzehnt, versäumt haben“, sagte Winter in Richtung der CDU-Fraktion. Er betonte, dass mit dem Nachtragshaushalt nun mindestens 700 Millionen Euro hauptsächlich für die Wasserstoff-Förderung für MV zur Verfügung stehen. „Damit lässt sich doch eine ganze Menge anfangen.“ Winter warf der CDU-Fraktion vor, mit Subventionen den notwendigen Strukturwandel behindern zu wollen. „Sie geben hier in erster Linie Lobby-Forderungen für meinen Geschmack unreflektiert wieder.“

Die Regierungsfaktionen SPD und DIE LINKE lehnten den Antrag ab. Die CDU stimmte dafür. Bei vier Unterpunkten in Einzelabstimmungen zeigten einzelne Oppositionsfaktionen ein jeweils abweichendes Abstimmungsverhalten.

*Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/2243 (neu)*

I.: Verlässlicher Rahmen für Wirtschaft

*Beschluss:
Ziffer abgelehnt bei Zustimmung der CDU und FDP und Ablehnung von SPD, DIE LINKE, AfD UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

II.1. Förderung von Wasserstoff

*Beschluss:
Ziffer bei gleichem Stimmverhalten wie I. abgelehnt*

II.2. Masterplan Carbon -Management

*Beschluss:
Ziffer abgelehnt bei Zustimmung der CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD und bei Ablehnung von SPD und DIE LINKE*

II.3. Erneuerbaren Kraftstoffe

*Beschluss:
Ziffer bei gleichem Stimmverhalten wie I. abgelehnt*

II.4. Biogasanlagen

*Beschluss:
Ziffer abgelehnt bei Zustimmung der CDU, FDP und AfD bei Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Debatte zu Finanzierung freier Schulen

Land bekennt sich zu Schulen in freier Trägerschaft

■ Freie Schulen haben einen großen Zulauf, die Motivation der Eltern dafür ist höchst unterschiedlich. Doch es gibt Sorgen, dass die Finanzierung der Freien Schulen schon jetzt nicht ausreichend ist und möglicherweise weiter gesenkt wird. Deshalb fordern CDU und FDP, ein zukunftssicheres Fundament für diese Schulen zu errichten.

Die Freien Schulen in Mecklenburg-Vorpommern müssen nach Ansicht der CDU-Fraktion ausreichend finanziell unterstützt werden. „Es geht nun darum, mit einem sicheren Fundament den Freien Schulen die Zukunft zu gewährleisten“, sagte der Bildungsexperte der CDU-Fraktion, **Torsten Renz**. Er kritisierte die SPD, die den Freien Schulen zwar Planungssicherheit zugestehe. „Das ist etwas anderes als ausreichende Finanzierung.“ Es gebe noch keine Lösung für das kommende Schuljahr 2023/24. Renz kritisierte, dass bereits zum Schuljahr 2022/2023 die Neuberechnung der Schülerkostensätze nicht fristgerecht vorgelegen habe. „Das ist ein Zustand, der ist unbefriedigend.“ Renz nannte als Beispiel die Förderung der gymnasialen Oberstufe in Höhe von 5432 Euro pro Schüler. Diese Zahlung sei auf Basis einer Arbeitsgrundlage bis Ende Mai an die Freien Schulen erfolgt. Doch die Berechnungen seien nicht abgeschlossen gewesen. Nach zehn Monaten und damit praktisch zum Schuljahresende sei nun festgestellt worden, dass die Zahlung zu hoch gewesen sei. 735 Euro pro Schüler seien zu viel gezahlt worden, beim Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung seien es sogar mehr als 1000 Euro pro Schüler zu viel gewesen. Renz kritisierte heftig, dass die Opposition im Bildungsausschuss keine ausreichenden Informationen über das „Rechenwerk“ bekommen hätte. Es gebe gegenüber den Schulen keinen Vertrauensschutz. Schulen sähen sich nun



Foto: nordreport

Freie Schulen wie die in Bröbberow werden vom Land unterstützt.

einem Defizit von teils mehreren Hunderttausend Euro gegenüber. „Dass da die Alarmglocken schrillen, ist verständlich.“ Renz verwies auch auf eine aktuelle Regelung, dass die Schulen die Differenzsumme nicht zurückzahlen müssten.

„Alle Kinder und Jugendlichen haben das gleiche Recht auf Bildung, egal ob an einer Freien Schule oder an einer öffentlichen Schule“, betonte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) in ihrer Antwort. Alle Lehrerinnen und Lehrer hätten das Recht auf bestmögliche Arbeitsbedingungen unabhängig von der Schule, an der sie tätig sind. „Und alle Schulträger haben ein Recht, finanziell so ausgestattet zu werden, dass sie ihre Aufgaben umfassend erfüllen können – egal ob für eine Freie Schule oder eine öffentliche Schule.“ Die Landesregierung habe sich klar dazu bekannt, dass sie die Schulen in freier Trägerschaft als Erweiterung des Schulsystems anerkennt. „Dazu gehört auch, dass das Land sie finanziell bezuschusst, aber nach der Rechtsprechung nicht verpflichtet ist, die tatsächlich anfallenden Kosten privater Schulträger vollständig zu übernehmen“, sagte Oldenburg. Auch sie verwies auf die Einigung mit den freien Schulträgern. „Die Träger haben überzeugend verdeutlicht, wie weitreichend sich die Härte der Rückwirkung auf den Schulalltag und Unterrichtsbetrieb auswirken könnte. Deshalb sei die Landesregierung zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Rückwirkung für reduzierte Kostensätze getroffen wird, sondern diese

erst zum kommenden Schuljahr geltend gemacht werden.

Der AfD-Abgeordnete **Enrico Schult** kritisierte ebenfalls die seiner Ansicht nach intransparenten Berechnungen der Kostensätze. „Da hätten wir uns mehr Informationen gewünscht.“ Er vermutete, dass die Einigung bei der Rückwirkung für reduzierte Kostensätze nicht auf Gesprächen im Bildungsausschuss zurückzuführen sei. Auslöser dafür, dass das Bildungsministerium „einknickte“, sei offensichtlich die Angst vor einer gerichtlichen Niederlage gewesen. Es ist jedoch nach Ansicht Schults der falsche Weg, die Zuweisungen bei den Schulen mit Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung (ESE) um acht Prozent oder Förderschwerpunkt geistige Entwicklung um zwölf Prozent zu kürzen. Das müsse auch unter dem Gesichtspunkt der künftigen Schließungen von Förderschulen gesehen werden. Auch an den Gymnasien sei die Senkung der Schülerfördersätze inakzeptabel, denn die Abiturstufen in den Freien Schulen seien besonders kostenintensiv. Schulz machte darauf aufmerksam, dass mit der zunehmenden Einstellung von Seiteneinsteigern in die Lehrberufe die Kosten gesenkt werden. Für ihn sei klar, dass der hohe Zulauf von Schülern in den privaten Schulen ein Effekt des Bildungssystems sei. „Die Eltern stimmen mit den Füßen ab.“

Auch die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Jutta Wegner**, kritisierte, dass die Diskus-

sion um die Kostensätze für Freie Schulen durch die verspätete und nicht transparente Weiterleitung von Unterlagen seitens des Ministeriums erschwert worden sei. „Dies ist eine unzureichende Arbeitsgrundlage.“ Dass die rückwirkende Rückerstattung der höheren Kostensätze nicht wirksam geworden sei, sei an vielen Freien Schulen mit Erleichterung aufgenommen worden. Allerdings kritisierte Wegner die grundlegende Kürzung der Kostensätze. „Ich bezweifle ernsthaft, dass diese Kostensätze in den kommenden vier Jahren ausreichend sein werden.“ Laut Ministerium herrsche Gerechtigkeit, wenn sich die tatsächlichen Personalausgaben der öffentlichen Schulen mit denen von Freien Schulen decken, sagte Wegner. Problematisch werde das aber dann, wenn nicht das zur Grundlage gemacht wird, was eine zeitgemäße, wissenschaftlich und pädagogisch fundierte Schule ausmacht, sondern was die öffentlichen Schulen gerade zur Verfügung haben. „Dies dann an die freien Träger weiterzureichen, die zudem nur 85 Prozent der Personalkosten der staatlichen Schulen erhalten, kann hier zu erheblichen Qualitätsverlusten führen.“

Die Abgeordnete **Sabine Enseleit** (FDP) beklagte, dass sich die Oppositionsabgeordneten ihre Beteiligung an der Diskussion um die Kostensätze ständig erkämpfen mussten. „Eine Anhörung der Betroffenen wurde abgelehnt.“ Aber das Thema freie Schule sei von hoher Relevanz, so gingen etwa in der Hansestadt Rostock 25 Prozent der Schüler auf Schulen in freier Trägerschaft. Doch trotz der Bereitschaft des Ministeriums auf die Rückzahlung von zu viel ausgezahlten Kostensätzen zu verzichten, gebe es weiter viele Ungereimtheiten und Unwuchten. „Leider werden die Rohdaten für die Berechnungen in MV nicht wie in

anderen Bundesländern veröffentlicht.“ So blieben die Berechnungen weiter ein Rätsel. Enseleit forderte das Bildungsministerium auf, die Schülerkostensätze während der besonderen Pandemie-Lage zu berücksichtigen. Man könne nicht ein Ausnahmejahr während der Pandemie als Referenzpunkt für die Neuberechnung heranziehen. Denn vieles habe während der Pandemie nicht stattgefunden. Dazu zählte Enseleit Vertretungen, Förderunterricht, Ganztages-Angebote oder Klassenfahrten. „Und ein großer Teil der Kosten wurde vom Staat übernommen.“ Eine Bereinigung der aktuellen Kostensätze sei notwendig.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Andreas Butzki**, zeigte sich verwundert, dass der Antrag von CDU und FDP nicht zurückgezogen worden sei. Im letzten Bildungsausschuss seien alle Forderungen der Träger von freien Schulen bereits erfüllt worden. „Es wurde also kurzfristig eine sehr gute Lösung gefunden, die alle, mit denen ich gesprochen habe, begrüßt haben.“ Butzki betonte, dass das Ministerium die Kostensätze exakt und rechtskonform aufgestellt habe. Es bleibe festzustellen, dass die freien Schulen insgesamt mehr Geld erhalten, betonte Butzki. Dass manche freien Schulen doch weniger bekommen, hänge mit der Veränderung der Lehrerschaft an den staatlichen Schulen zusammen. „Ältere und teurere Kollegen gehen in den wohlverdienten Ruhestand. Jüngere und kostengünstigere Lehrkräfte nehmen ihre Tätigkeit auf.“

Der Antrag von CDU und FDP wurde mit den Stimmen der SPD und DIE LINKE, bei Zustimmung von CDU, FDP und AfD sowie Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPD, DIE LINKE und AfD, bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Enthaltung von CDU und FDP abgelehnt.

*Antrag der Fraktionen der CDU und FDP
Drucksache 8/2350
Änderungsantrag von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2411*

*Die Grundschule Bröbberow mit Orientierungsstufe sowie der Hort und die Kita stehen unter dem Dach des gemeinnützigen Trägers Aktiv in M-V gGmbH.
Foto: nordreport*

Thema: Extremwetter

Kein verbindlicher Rahmenplan zur Klimaanpassung

■ Auch in MV sind die Klimaveränderungen zu spüren. Im Durchschnitt wird es immer wärmer und Wetterlagen wie lange Dürrezeiten oder heftiger Starkregen wechseln sich ab. Die Grünen fordern deshalb einen weitgreifenden Rahmenplan zur Klimaanpassung, doch sie finden dafür keine Mitstreiter.

MV ist nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines der letzten Bundesländer, die vorsorgende Klimaanpassungsstrategien mit verbindlichen Maßnahmen vorlegen. Ihr klimapolitischer Sprecher **Hannes Damm** forderte die Landesregierung auf, die landesspezifischen Verhältnisse der Klimaveränderungen zu analysieren und sich mit einem verbindlichen Rahmenplan darauf vorzubereiten. „Der bisherige Klimaaktionsplan der Landesregierung ist in keiner Weise aussagekräftig.“ Die Notwendigkeit von Klimaanpassungsstrategien zeige sich deutlich daran, dass die sieben heißesten Tage, die die Menschheit je gesehen hat, allesamt in diesem Monat lagen, betonte Damm. „Diese extreme Hitze wird alle Teile unseres Lebens betreffen.“ Es reiche nicht mehr, im Sommer im Seniorenheim die Rollos herunterzuziehen. „Es braucht neue Konzepte der energieeffizienten Gebäudekühlung.“ Für den Wasserhaushalt in der Landwirtschaft seien klimaangepasste Bewässerungs-, Wasserrückhaltungs- und Wiedervernässungskonzepte notwendig. Zudem müssten die Einwohner umfassender über Gefährdungslagen, Notfall- und Präventionsmaßnahmen informiert werden. Er betonte, dass Klimaschutz um einen Faktor 10 günstiger sei als ein einfaches Weiter-so-wie-bisher. „Es ist ein Griff in die Kasse der Bevölkerung, nichts zu tun.“

„Klimaschutz ist die beste Klimaanpassung“, sagte Innenminister **Christian Pegel** für Umweltminister **Till Backhaus** (beide SPD). Deshalb sei die Anpassung an den Klimawandel erforderlich, um er-





Feuerwehrleute räumen bei Dragun im Landkreis Nordwestmecklenburg einen umgestürzten Baum von einer Kreisstraße.

hebliche Folgekosten für MV zu vermeiden. Der Antrag der Grünen sei jedoch nicht geeignet, den Rahmen für eine Klimaanpassungsstrategie für MV zu setzen. „Er deckt schlicht nicht alle Themenfelder, Zielgruppen und Risikoelemente im Klimawandel ab. Die Landesregierung werde im Landesklimaschutzgesetz eine Klimaanpassungsstrategie erarbeiten. Das Ministerium würde die erforderlichen Daten auswerten, eine Risikobetrachtung vornehmen und geeignete Maßnahmen vorschlagen. Wichtig sei beispielsweise, dass der Gewässer- und der Moorschutz zusammen bedacht werden. Die Landwirtschaft solle helfen, die Speicher- und Pufferwirkung landwirtschaftlich genutzter Böden zu optimieren, damit der Wasserhaushalt nachhaltig verbessert werden kann.“

„Die Grünen stellen erneut das Gespenst des menschengemachten Klimawandels in den Raum“, sagte **Thore Stein** (AfD). Sie forderten einen großen Rundumschlag, der scheinbar wahllos in zahlreiche Belange des Bundes, der Kommunen und den privaten Bereich eingreife. Aber es werde etwa im Bereich des Gewässerschutzes schon sehr viel getan und es gehe schon viel in die richtige Richtung. „Aber man muss es eben nicht immer übertreiben, wie Sie das gerne tun.“ Stein kritisierte, dass sommerliche Temperaturen von mehr als 30 Grad Celsius plötzlich als letales Risiko für weite Teile der Bevölkerung dargestellt werden. „Anstatt von Hitzeschutzplänen zu schwadronieren, empfehle ich einen Ur-

laub im europäischen Süden. Geht auch mit der Eisenbahn, muss man das Flugzeug nicht nehmen.“ Da könne man sich anschauen, wie solche warmen Sommer überlebt werden können.

„Wir hatten eine sehr lange Dürreperiode in diesem Frühjahr mit steigender Waldbrandgefahr und Wald- und Moorbränden“, sagte der Abgeordnete **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Auch die vergangenen Jahre seien durch geringe Niederschlagsmengen im Frühjahr und Sommer gekennzeichnet. „An den Folgen dieser Dürrejahre knabbern wir noch immer.“ Das sei ein guter Anlass, aus Extremwetterlagen zu lernen. Er verwies darauf, dass in den aktuellen Haushaltsverhandlungen das Thema Klimaanpassung berücksichtigt werde. „Für den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Klimaanpassung wurden meines Wissens Mittel und Personal beantragt.“ Das Land sei tätig, die Kommunen müssten aber eigenständig entscheiden, wo Handlungsbedarf besteht. So befasse sich die Hansestadt Rostock seit Jahren mit einer Strategie zur Abfederung von Starkregen-Ereignissen.

Beate Schlupp (CDU) bezeichnete den Antrag der Grünen als „einen ziemlich bunten Strauß an Vorschlägen“, die von ganz allgemein bis sehr konkret reichten. „Ich hätte mir vielleicht ein bisschen entweder ganz global oder mehrere Anträge mit bestimmten Themen gewünscht, damit man sich inhaltlich mit einzelnen Punkten auseinandersetzen kann.“ Um sich mit allen Punkten ausei-

anderzusetzen, fehle die Zeit. Trotzdem seien die Vorschläge der Grünen es wert, in den Ausschüssen diskutiert zu werden, sagte Schlupp. Sie betonte aber, dass MV im Gegensatz zur Meinung der Grünen nicht zeitlich zurückliege. So stehe der Entwurf des Landesklimaschutzgesetzes kurz vor der Fertigstellung. „Wir sind vor dem Klimaanpassungsgesetz des Bundes.“ Davon hänge ab, was anschließend konkret zu diskutieren sei.

„Das Problem ist erkannt und es ist ein wichtiges Thema“, sagte **Sandy von Baal** (FDP). Sie verstehe den Ansatz der Grünen und dass es ihnen insgesamt viel zu langsam vorgehe. Sie betonte jedoch, dass es etwa bei der Stadtbegrünung um kommunale Selbstverwaltung gehe. Auch sei eine Diskussion um Hitzeschutzpläne nicht sinnvoll, da auf Bundesebene ein ähnliches Konzept aktuell erstellt werde. Die FDP begrüße jedoch, dass die Grünen das Thema gesetzt haben, vielleicht komme damit nun ein bisschen Fahrt in die Diskussion. Doch der Antrag sei überladen. „Wir hoffen nun auf ein schnelles Klimaschutzgesetz und dass der Entwurf schnell ins Plenum kommt.“

„Wir benötigen Risikoanalysen auf die jeweilige Örtlichkeit bezogen“, sagte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD). Das könnte für Kommunen, einen ganzen Amtsbezirk oder für eine Stadt gelten. Diese Analysen würden für Personengruppen oder die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und vor allem der Landwirtschaft benötigt. Langfristig seien Siedlungen, Deiche oder Überflutungsbereiche dem erhöhten Risiko von Hochwasser, Sturmflut oder Starkregenereignisse anzupassen. Zudem müssten die Träger öffentlicher Belange bei Planungen und Entscheidungen die Ziele der Klimaanpassung fachübergreifend berücksichtigen, sagte Rahm-Präger. „Ich halte das für äußerst selbstverständlich, das wird auch schon lange praktiziert – hoffe ich.“ Die Klimaanpassung sei eine Generationenaufgabe.

Der Antrag sowie die Überweisung wurden bei Zustimmung der GRÜNEN und sonstiger Ablehnung abgelehnt.
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN Drucksache 8/2329

Asylpolitik bleibt Herausforderung

Unterschiedliche Ansichten der Fraktionen treten in Landtagsdebatte deutlich zu Tage



Nikolaus Kramer

René Domke

■ Gleich vier Anträge zum Thema Asylpolitik bündelte das Parlament in einer Debatte.

Die AfD verlangte in ihrer Drucksache, dass für Asylbewerber und ausreisepflichtige Personen konsequent das gesetzlich geregelte Sachleistungsprinzip angewendet werde.

Einer der beiden FDP-Anträge forderte einen Überblick über die Maßnahmen, mit denen das Land die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung und Integration unterstütze. Im zweiten FDP-Antrag ging es um die Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten. Begleitet von Migrationsabkommen sollten auch die Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien dazu kommen.

Im Gegensatz dazu wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ nicht ausweiten sowie „die haftähnliche Unterbringung geflüchteter Menschen in Asylzentren“ an den EU-Außengrenzen verhindern.

Obwohl allen Fraktionen bewusst war, dass es einer Reform des europäischen Asylsystems bedarf, fand keiner der Anträge eine Mehrheit.

Die gegenwärtige unkontrollierte Masseneinwanderung, begründete Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender AfD) den Antrag seiner Fraktion, bringe die Kommunen an die Grenzen ihrer Kapazitäten. Dadurch blieben diejenigen auf der Strecke, welche tatsächlich vor Krieg, Flucht und Vertreibung subsidiären Schutz suchten. Die Ressourcen, um Menschen mit einem „berechtigten Fluchtgrund“ gerecht zu werden, seien jedoch begrenzt.

Die AfD plädierte dafür, „falsche Fluchtanreize“ abzustellen und „das Asylbewerberleistungsgesetz richtig anzuwenden“. So müsse bei Asylbewerbern mit laufendem Entscheidungsverfahren sowie bei allen ausreisepflichtigen Perso-

nen „konsequent“ das Sachleistungsprinzip angewendet werden.

Kurzfristig könne die Umstellung teurer werden, aber langfristig gesehen werde Geld gespart. Es gehe der AfD darum, Menschen, die Schutz und Hilfe bräuchten, zu priorisieren und eine beiderseitig erträgliche Einwanderungspolitik umzusetzen. Dabei müsse das Rad nicht neu erfunden werden, es reiche, bestehende Gesetze anzuwenden.

„Unsere Kommunen brauchen zwingend und unverzüglich eine Entlastung“, hielt René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) fest. „Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.“

Um zu sehen, wo die „Wirksamkeit und auch der Wirkungsgrad der einzelnen Maßnahmen“ und der verwendeten Mittel verbessert werden könne, wolle seine Fraktion eine „Gesamtschau“, was das Land tatsächlich bezüglich Migration und Integration leiste. Zudem ermögliche das eine „ehrliche Evaluation“ der Maßnahmen.

Der zweite Antrag der FDP befasste sich mit sicheren Herkunftsstaaten. „Wirkungsvolle Migrationspolitik“ bedeute auch, betonte René Domke, „diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, möglichst schnell zurückzuführen“. Die Anerkennung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten und die Prüfung der Maghreb-Staaten würde dazu beitragen, Asylverfahren inklusive Rückführung schneller und effektiver durchzuführen. Diejenigen, die tatsächlich Schutz benötigen, könnten aktiver unterstützt werden.

„Freiheit, Solidarität, Verantwortung, Menschlichkeit“, appellierte Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an ihre Kollegen, seien der „Kompass“, der durch die aktuelle Debatte und bei der Suche nach „dringend notwendigen Lösungen“ zur europäischen Asylpolitik leiten müsse. Zweifellos brauche das Asylsystem Reformen. Aber die von den euro-

päischen Innenministern am 8. Juni beschlossenen Initiativen „werden weder den europäischen Grundwerten noch den Menschenrechtskonventionen, dem Genfer Flüchtlingsabkommen oder der UN-Kinderrechtskonvention gerecht“. Sie lösten keines der bestehenden Probleme.

Die „haftähnliche Unterbringung“ in Asylzentren an den EU-Außengrenzen „kriminalisiert geflüchtete Menschen und macht ein individuelles, faires Asylverfahren in der Praxis kaum möglich“. Anne Shepley fragte die Regierungskoalition, wie wichtig es ihr sei, „dem Rechtsruck in Europa mit vereinten Kräften etwas entgegen[zu]setzen“. Ihre Fraktion setze sich „weiterhin mit aller Kraft für ein humanes Asylsystem“ ein.

„Für alle Anträge gilt“, erinnerte Innenminister Christian Pegel (SPD) die Abgeordneten, dass kürzlich „ein sehr umfassender Antrag“ der Regierungskoalition beschlossen wurde. Dieser habe „mit einem 360-Grad-Blick alle Facetten aufgegriffen“ und die Landesregierung arbeite das „strukturiert“ ab.

Er hoffe, dass eine zügige Entscheidung zur Bleibeperspektive der Zugewanderten das Ziel aller sei. Bis die Menschen wüssten, ob sie bleiben könnten, „sind wir verpflichtet, sie menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen“.

Ein „Faktencheck“ ergebe, dass Leistungen für Asylsuchende „überwiegend als Sachleistungen gewährt“ würden, ergänzt von einem „ganz kleinen Hand- oder Taschengeld“.

Auf die Forderung der FDP nach einem Bericht zur Mittelverwendung, verwies der Minister auf die stets ausführliche Beantwortung von Anfragen durch die Landesregierung.

Hinsichtlich der Einstufung von Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten, sollte deren mögliche Aufnahme als EU-Beitrittskandidaten abgewartet werden.



Anne Shepley



Christian Pegel



Franz-Robert Liskow



Steffi Pulz-Debler



Dagmar Kaselitz



Jan-Phillip Tadsen

Fotos: Uwe Simmecker/Archiv

Es ginge um die große Zahl von Menschen, die als Asylsuchende nach Deutschland kämen, umriss **Franz-Robert Liskow** (Fraktionsvorsitzender CDU) das Problem. Wer in seiner Heimat um Leib und Leben fürchte, dem gewähre Deutschland vorübergehenden Schutz. Dies „zu einem dauerhaften Aufenthalt auszudehnen“, war politisch nie geplant worden. Solange die Fallzahlen klein waren, habe niemanden das „dysfunktionale deutsche Asylrecht“ gestört. Franz-Robert Liskow warb angesichts knapper Ressourcen darum, denjenigen Gastfreundschaft zu gewähren, „die berechnete Ansprüche auf Schutz haben“. Seine Fraktion stimme den beiden FDP-Anträgen zu, die anderen lehne sie ab.

Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) zeigte sich schockiert über die Debatte und die Lösungsansätze von „Abschottung, Abschreckung, Abschiebung, sterben lassen an den europäischen Außengrenzen und im Mittelmeer“.

Auch die vorliegenden Anträge „sprechen in der Mehrheit die Sprache von Abschottung und Abschreckung“. Sie möchte für ihre Fraktion „ganz klar und deutlich sagen: Wir können uns hinter keiner dieser Forderungen stellen.“

Steffi Pulz-Debler räumte ein: ja, es gebe Herausforderungen, ja, die Asylpolitik müsse neu ausgerichtet werden. Dabei behielten aber die Rechte der Schutzsuchenden und die Menschenrechte oberste Priorität.

Asylbewerber lebten nach ihrer Ankunft in Erstaufnahmeeinrichtungen, erklärte **Dagmar Kaselitz** (SPD). Von dort werden sie in die Gemeinschaftsunterkünfte verteilt, auch wenn das Asylverfahren noch laufe. Sach- und Geldleistungen sicherstellen ab, dass diese Menschen „aktiv unter uns“ leben könnten. Den Antrag der AfD lehne die SPD ab.

Auch lehne sie die FDP-Forderung zur Berichterstattung ab. Es sei bereits geplant, dem Parlament „einmal pro Legis-

laturperiode zum Stand der Integration zu berichten“.

Das Konzept sicherer Herkunftsstaaten sei ein „fester Bestandteil des Asylrechts“. Gespräche dazu würden auf Bundesebene geführt. Der Antrag hier im Landtag werde abgelehnt.

Während seine Fraktion den FDP-Antrag hinsichtlich der sicheren Drittstaaten begrüße, kündigte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) an, sei die Forderung nach einem Bericht, der „zweite Schritt vor dem ersten“. Zunächst müsse „überhaupt eine Integrationsfähigkeit“ hergestellt werden, bevor man „große analytische Berichte von der Landesregierung“ erwarte. Deswegen werde sich die AfD hier enthalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe mit ihrem Antrag bewiesen, dass sie in der Migrationspolitik eine Status-quo-Partei sei. Natürlich müsse jemand, dessen Leben bedroht sei, fliehen können. „Aber sich ein Land auszusuchen, das geht nicht.“

Die FDP wolle nicht nur eine Berichterstattung, konkretisierte **René Domke** (FDP) den Antrag seiner Fraktion. Man wolle die Dinge vergleichend beurteilen und dann basierend auf „Kennzahlen“ eine Strategie entwickeln.

Der AfD-Antrag würde eine „deutliche Mehrbelastung“ für die Kommunen bedeuten. Zudem sei es „absolut absurd“ den Menschen „per se“ zu unterstellen, sie kämen nur der Sozialleistungen wegen ins Land.

In Bezug auf den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bliebe die FDP dabei, dass es „keinen Sinn“ mache, Vereinbarungen auf Bundesebene zu unterlaufen.

Menschen stürben nicht, weil an den EU-Außengrenzen eine Prüfung der Zugangsvoraussetzungen stattfände.

Den AfD-Antrag brauche es „ganz klar“ nicht, stellte **Anne Shepley** (BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN) fest. Das gehe bereits aus der Antragsbegründung hervor.

Der FDP entgegnete die Abgeordnete, dass die komplette Ablehnung des Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten eine „sehr, sehr klare grüne Haltung“ sei, denn es stelle „das Asylrecht komplett auf den Kopf“. Der anderen Idee der FDP, „strategisch zu gucken, was passiert denn mit den Geldern, kommen die überhaupt da an, wo sie ankommen sollen“, gebe ihre Fraktion „vollste Unterstützung“. Der CDU warf sie vor, die Asyldebatte „entmenschlicht“ zu haben. Es sei nichts gewonnen, den „Rechtspopulisten“ nachzueifern.

Der AfD-Antrag wurde von allen außer der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt. Auch der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhielt nur Unterstützung vom Antragsteller. Der FDP-Antrag zur Berichterstattung wurde durch Enthaltung der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten sowie mit den Nein-Stimmen von SPD und DIE LINKE vom Parlament verworfen. Gegen den FDP-Antrag zu den sicheren Herkunftsländern stimmten DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die FDP, AfD, die fraktionslose Abgeordnete und die CDU waren dafür.

a) Antrag AfD
Drucksache 8/2169

in Verbindung mit:
b) Antrag FDP
Drucksache 8/2235

in Verbindung mit:
c) Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2288(neu)

d) Antrag FDP
Drucksache 8/2340

Meldungen

Rechtssicherheit für Dorfschulen

Schulen im ländlichen Raum sind häufig klein und verfehlen die im Schulgesetz vorgeschriebene Schülermindestzahl. Müssten die Kinder in andere Einrichtungen ausweichen, überschritten sie möglicherweise die ebenfalls gesetzlich geregelten Wegzeiten. Darum können kleine Dorfschulen per Ausnahmeregelung offenbleiben. Aber eine Ausnahmeregelung, so argumentierte die CDU, bliebe immer eine unsichere Situation. Deswegen erarbeitete sie mit einem Gesetzentwurf „eine verbindliche gesetzliche Lösung“ zur Aussetzung von Schulschließungen bis 2030. Zugleich forderte die CDU, mit einem Konzept zur koordinierten flächendeckenden Versorgung mit Bildung „über 2030 hinaus[zu]denken“.

„Die Schule bleibt im Dorf“, versicherte Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE).

Bereits im April 2022 wurde aus der Schulentwicklungsplanungsverordnung der Grundsatz der Schulschließung aufgrund zu geringer Schülerzahl gestrichen. Bis Ende des Jahres werde es hinsichtlich der Klassen-Mindestgröße eine Neufestsetzung im Schulgesetz geben.

Nach Ansicht der AfD wäre die CDU-Initiative eher gegen die Schließung zahlreicher Förderschulen bis Mitte 2027 „vonnöten gewesen“.

Im Koalitionsvertrag sei die langfristige Sicherung des Schulnetzes „klar festgelegt“, betonten SPD und DIE LINKE. Alle Ressourcen würden nun auf die ohnehin geplante große Novelle des Schulgesetzes konzentriert.

Der Gesetzentwurf der CDU sei ein „verbindliches Bekenntnis zu den kleinen Dorfschulen“ und Sorge für weniger Bürokratie bei der Standorterhaltung, hielt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dagegen.

Die FDP kritisierte die lange Zeit für die Überarbeitung des Schulgesetzes und dass die Änderung der Verordnung im vergangenen Jahr ja kein Gesetz sei.

Am Ende der Debatte beantragte die CDU die Überweisung in den Bildungs-

ausschuss. Diese wurde von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet, aber mit den Stimmen von SPD, DIE LINKE, AfD abgelehnt.

*Gesetzentwurf CDU
Drucksache 8/2348*

Künstliche Intelligenz im Unterricht

Zum ersten Mal debattierte der Landtag zum Thema Künstliche Intelligenz (KI). Trotz der Herausforderungen durch KI sei ein Pauschalverbot fehl am Platz, begründeten SPD und DIE LINKE ihren Antrag. Die Regierungskoalition wolle „sinnvolle“ KI-Anwendungen in die Schulbildung integrieren und dabei die Vorteile „proaktiv“ herausstellen.

Lehrkräften müsse in Fortbildungen der kompetente Umgang mit KI vermittelt werden: technisch als auch pädagogisch. Ein Handbuch, Leitlinien und Rahmenbedingungen sollen die verantwortungsvolle Nutzung erleichtern sowie der Austausch zwischen Schulen, Wissenschaft und Wirtschaft befördert werden. Zudem brauche es auf Länderebene eine Koordinierung neuer Anforderungen bei der Aufgaben- und Prüfungskultur.

Die Fraktionen begrüßten den Antrag, allein die FDP wies ihn als zu oberflächlich und nicht umfassend genug zurück. Denn völlig ausgeblendet würden Anwendungen für Managementaufgaben, Lehranalysen oder individuelle Lehraufgaben.

Wenn KI kritisch begleitet und die Elementarbildung nicht vernachlässigt werde, sehe die AfD die KI „eher als Chance, denn als Gefahr“. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begreife KI als „absolut zeitgemäß“. Datenkompetenz sei Schlüsselkompetenz und gehöre bereits in die Lehrerausbildung.

Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) erinnerte an die Vorbehalte bei der Einführung des Taschenrechners. Am Ende komme es „auf die Dosis, auf die Anwendung und auf klare Regeln an“.

AfD und CDU fragten, warum sich MV nicht „schon lange auf den Weg gemacht“ habe. Zudem regte die CDU per Änderungsantrag an, den in NRW existierenden Handlungsleitfaden zur KI zu

übernehmen.

SPD und DIE LINKE signalisierten Zustimmung zu diesem Änderungsantrag, allerdings nur bei einer verlängerten Fristsetzung. Darum zog die CDU ihre Drucksache zurück und trug den geänderten Vorschlag in der Debatte mündlich vor. Somit wurden Änderungsantrag und Antrag bei Ablehnung durch die FDP, aber sonstiger Zustimmung angenommen.

*Antrag DIE LINKE und SPD
Drucksache 8/2338*

hierzu

*Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/2422*

sowie

mündlich vorgetragener Änderungsantrag der CDU

*Der Änderungsantrag auf
Drucksache 8/2422*

*wurde in der Aussprache vom
Antragsteller zurückgezogen.*

Wald ist kein Renditeobjekt

24 Prozent, 558.000 Hektar der Fläche in MV sind Wald. Davon gehört die Hälfte dem Land und den Kommunen.

Waldwirtschaft ist eine Herausforderung – nicht nur in MV, sondern in ganz Europa. Mit der Wiederherstellung strukturreicher Mischwälder und einer naturgemäßen Nutzung und Wirtschaft soll früheren Fehlentwicklungen begegnet werden. Die EU-Waldstrategie 2030 sieht zudem die Pflanzung von drei Milliarden Bäumen sowie eine nachhaltige forstbasierte Bioökonomie vor.

Ein Antrag der AfD bemängelte, dass im Rahmen des EU-Projektes lediglich 21 Bäume in MV gepflanzt wurden. Selbst das im Landeswaldprogramm gesetzte Ziel einer jährlichen Aufforstung von 1.000 Hektar werde „dramatisch unterschritten“, kritisierte die Fraktion. Darum schlug sie einen Waldfonds vor. Durch eine „echte Bürgerbeteiligung“ mittels privater Gelder solle der Wald als Ort des nachhaltigen und naturgemäßen Wirtschaftens aus- und umgebaut werden, um eine Rendite einzufahren.

Alle Fraktionen waren sich einig, dass für die Wälder im Land mehr getan werden müsse. Aber diese AfD-Idee helfe dabei nicht.



Gut 24 Prozent der Fläche sind in Mecklenburg-Vorpommern bewaldet.

Die SPD vertrete „grundsätzlich“ eine andere Meinung, denn „eine Renditeorientierung“ sei mit einer auf Erhalt ausgerichteten Dauerwaldbewirtschaftung „schlicht nicht möglich“. Wälder bräuchten langfristige Investitionen, verdeutlichte auch die CDU. Dafür funktionierten Fondsbeteiligung oder Rendite nicht. Ähnlich sah es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Jeder im Wald erwirtschaftete Euro müsse dringend wieder in den Wald gesteckt werden.

DIE LINKE werde niemals zustimmen, dem Land die Rolle eines Investmentmanagers für Privatinvestoren anzudienen.

Die Idee wirke auf den ersten Blick „ganz spannend“, versicherte die FDP der AfD. Nur leider blieben „wirklich wichtige Fragen“, wie die wirtschaftliche und rentable Umsetzung „einfach ungeklärt“.

Außer der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten lehnten alle Fraktionen den Antrag ab.

Antrag AfD Drucksache 8/2096

Kein Bedarf an „Spurwechsel“ bei Fachkräfteeinwanderung

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich für einen „Spurwechsel“ im Rahmen des geplanten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes des Bundes eingesetzt. Wie deren arbeitsmarktpolitische Sprecherin Jutta Wegner sagte, sieht das Gesetz unter anderem vor, dass Asylsu-

chende unabhängig vom Ausgang ihres laufenden Asylverfahrens in Deutschland bleiben dürfen, wenn sie ein Job- oder Ausbildungsangebot vorweisen können.

Laut Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) könnten in MV im Rahmen des neuen Gesetzes bis zu 1500 Menschen in Arbeit gebracht werden. „Wenn die Personen dann bei uns sind, dann geht es auch um die Willkommenskultur.“ Mit verstecktem oder gar offenem Rassismus werde das Land beim Thema Fachkräftemangel nicht vorankommen.

„Man muss natürlich eine genaue Analyse dessen betreiben, wer ist Fachkraft, wer bringt Potenzial mit und wer wandert in Sozialsysteme ein“, sagte Jan-Phillip Tadsen (AfD). Er kritisierte, dass das vom Gesetz geforderte Sprachniveau von A2 zu gering sei. Das bedeute, dass mit einfachen Mitteln unmittelbare Bedürfnisse beschrieben werden können. Die AfD habe ernste Zweifel, ob damit die Integration gelingen kann.

„Zuwanderung ist ein Baustein, aber kein Allheilmittel“, betonte Falko Beitz (SPD). Die Fachkräftelücke in MV werde durch den Zugang von bis zu 1500 Arbeitskräften nicht geschlossen. In Wirklichkeit handle es sich bei den sogenannten Spurwechslern um eine klar abgrenzbare Gruppe Geflüchteter ohne Asylbescheid, die mit jedem bearbeiteten Bescheid stetig kleiner wird.

„Wir brauchen Unterstützung von draußen, wir brauchen Zuwanderung“, sagte Barbara Becker-Hornickel (FDP). Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz werde Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte endlich besser. Ein Punktesystem stelle sicher, dass die Chancen derjenigen höher sind, die Bezüge zu Deutschland haben. Dazu gehöre das Beherrschen der deutschen Sprache oder das Vorhandensein bestimmter Fertigkeiten, die hier dringend gebraucht werden.

„Wir stehen für eine gezielte Zuwanderung von Arbeitskräften, aber wir lehnen die ungesteuerte illegale Migration natürlich ab“, sagte Daniel Peters (CDU). Er kritisierte, dass die Grünen im Rahmen des Spurwechsels denen eine Perspektive geben wollen, die keinen Aufenthaltstitel zuerkannt bekommen oder einen negativen Asylbescheid haben. Das wäre angesichts der aktuellen Situation unangemessen.

Der Antrag wurde bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie Ablehnung der anderen Parteien abgelehnt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 8/2330

Grunderwerbsteuer bleibt unverändert

Die FDP-Fraktion hat eine Absenkung der Grunderwerbsteuer von sechs auf fünf Prozent gefordert. „Die Länder haben dabei eine eigene Regelungskompetenz“, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende René Domke. Diese Kompetenz sollte eingesetzt werden. Leider gebe es für diese Steuer nur die Richtung nach oben, sie sei bei steigenden Immobilien- und Baupreisen eine immer höher werdende Belastung für alle. Finanzminister Heiko Geue (SPD) bezeichnete die FDP-Forderung als „wohlfeil“. Er verwies darauf, dass der FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner massive Finanzkürzungen für die Bundesländer durchgesetzt habe. Geue betonte, dass die Grunderwerbsteuer niedriger als bei den direkten Standortkonkurrenten Schleswig-Holstein oder Brandenburg sei. Der Abgeordnete Martin Schmidt (AfD) kritisierte, dass seitens der FDP kein Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorliege. Er erklärte gleichzeitig, dass noch 2021 die FDP einen Vorschlag der AfD nach einer Steuersatzsenkung um ein Prozent abgelehnt habe. Eine einprozentige Steuersenkung würde nach Meinung von Marc Reinhardt (CDU) bei einer Kaufsumme von Immobilien von 350 000 Euro zu einer Entlastung von 3500 Euro führen. „Wenn eine Finanzierung an 3500 Euro scheitert, dann war sie vielleicht vorher schon nicht auf soliden Füßen gebaut.“ Gleichzeitig käme es zu einer starken Belastung des Landeshaushalts. Der Abgeordnete Torsten Koplin (DIE LINKE) erläuterte, dass es bei der vorgeschlagenen Absenkung der Grunderwerbsteuer abhängig vom Kaufpreis um 0,2 bis maximal 1 Prozent gehe. „Das wird wenig motivieren.“ Das helfe auch nicht der Bauwirtschaft. Das Geld werde im Landeshaushalt für „sinnstiftende Staatsausgaben“ benötigt. Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Ha-

rald Terpe, beeinflusse die Höhe der Grunderwerbsteuer nicht die Frage, ob Wohneigentum angeschafft werde oder nicht. Ein Zusammenhang zwischen der Absenkung der Grunderwerbsteuer und dem Schaffen von individuellem Wohneigentum sei nicht gegeben. Der SPD-Abgeordnete Tilo Gundlack verwies darauf, dass die Kommunen nach einer Absenkung der Grunderwerbsteuer weitere Senkungen der Einnahmen im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes zu erwarten haben. Gundlack rechnete mit rund 40 Millionen Euro weniger. „Da bin ich gespannt, wie Sie das der kommunalen Ebene erklären wollen“, sagte er in Richtung der FDP. Der Antrag wurde bei Zustimmung der FDP, Enthaltung von CDU und AfD sowie Ablehnung der anderen Fraktionen abgelehnt. Der Änderungsantrag der AfD wurde bei Zustimmung der AfD und sonstiger Ablehnung abgelehnt. Und auch der Änderungsantrag der FDP wurde bei Zustimmung der FDP und AfD, Enthaltung der CDU sowie Ablehnung der anderen Parteien, abgelehnt.

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 8/2237

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

Drucksache 8/2305

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 8/2306

Nachbesserungen bei Güterverkehrswende gefordert

Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE haben die Landesregierung aufgefordert, beim Bund auf Nachbesserungen in der Eurovignetten-Richtlinie zu drängen. Sie solle zum März 2024 in Kraft treten, sagte der Abgeordnete Marcel Falk (SPD). Gleichzeitig solle der CO₂-abhängige Mautbestandteil gestaffelt bis 2030 erhöht werden, um den Firmen eine angepasste Preisgestaltung zu ermöglichen. Die Mauterhöhung bedeute eine zusätzliche Belastung für die Transportbranche, ohne dass eine Wirkung für den Umweltschutz erzielt wird, betonte Wolfgang Waldmüller (CDU). Die Einführung der CO₂-Komponente sei eine reine Gebührenerhöhung und wirke wie eine Steuererhöhung. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) appellierte an die

Bundesregierung, die Reform der Bahn endlich auf den Weg zu bringen. „Sie muss leistungsfähiger werden.“ So warte etwa ein Automobilzulieferer in Neubrandenburg schon viel zu lange auf einen Gleisanschluss. Der AfD-Abgeordnete Stephan Reuken verwies auf die allgemeinen Kostensteigerungen, von der die Bürger und die Wirtschaft betroffen seien. „In dieser Gemengelage soll ernsthaft eine neue Maut eingeführt werden, die mangels Alternativen zu einer Verdoppelung der bisherigen Gebühren führt?“ Henning Foerster (DIE LINKE) erklärte, dass der Antrag der Regierungsfaktionen keine Abkehr vom eingeschlagenen Kurs sei. Dieser ziele darauf ab, die Abläufe so zu gestalten, dass die für eine Umsetzung notwendigen technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden können. So gehe es etwa um die Errichtung einer Lade- und Tankinfrastruktur für LKW mit alternativen Antrieben. David Wulff (FDP) verwies darauf, dass Speditionen ihre LKW-Flotte häufig erneuerten. Es gebe einen schnellen Innovationszyklus. Zudem gebe es erfolgreiche Forschun-

gen an der Uni Rostock, wie ein Diesel-LKW auf Wasserstoff-Betrieb umgerüstet werden kann. „Klimaschutz geht nicht ohne mutige Veränderungen“, betonte Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Das stelle alle vor große Herausforderungen. „Nichts ist teurer als kein Klimaschutz.“ Sie kritisierte, dass die früheren CSU-Bundesverkehrsminister die notwendigen Investitionen in die Bahn unterlassen hätten. Der Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE, bei Ablehnung von BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN und AfD sowie Enthaltung von CDU und FDP angenommen. Der Antrag der Fraktion CDU bei Zustimmung von CDU und AfD, Enthaltung der FDP und Ablehnung von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN abgelehnt.

Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE

Drucksache 8/2335

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/2244

Neuer Landesbeauftragter für Aufarbeitung der SED-Diktatur



Fotos: Uwe Sinnecker

Landtag wählt Burkhard Bley zum Landesbeauftragten für Aufarbeitung der SED-Diktatur

Mecklenburg-Vorpommern hat einen neuen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das Parlament wählte am 13. Juli Burkhard Bley für fünf Jahre in das Amt. Der Kulturwissenschaftler folgt auf Anne Drescher, deren

Amtszeit im August endet und deren Stellvertreter Bley in den vergangenen 10 Jahren war. Landtagspräsidentin Birgit Hesse gratulierte ihm zur neuen Aufgabe. Die scheidende Landesbeauftragte Anne Drescher hatte Birgit Hesse im Namen des Parlamentes bereits während des Schlossgesprächs „30 Jahre Beratung – Aufarbeitung – Bildung“ feierlich verabschiedet.



Jan-Phillip Tadsen (AfD) befragt Innenminister Christian Pegel.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Herr Minister, zwischen Bund und Ländern finden in den letzten Monaten regelmäßig Gespräche statt, die die derzeitige migrationspolitische Situation betreffen. Dort ist auch umfassend über Reformansätze, über Veränderungen durchaus auch in rechtlicher Perspektive auf Bundes- wie auf Landesebene diskutiert worden. Im Innenausschuss ist uns dazu Bericht erstattet worden. Nun hörte man aber zuletzt, dass tatsächlich diese Gespräche, die fortgesetzt werden sollten, vonseiten des Bundes abgesagt worden sind. Was ist der Grund für diese Absage? Was können Sie uns darüber sagen? Und wissen Sie schon etwas darüber, inwieweit dort ein Ersatztermin zu finden ist?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr

geehrter Abgeordneter! Erstens, es gab schon einen Follow-up-Prozess – ein neudeutsches Wort dafür, dass man einfach in Arbeitsgruppen weiterarbeitet –, nachdem die Bundesinnenministerin im Februar dieses Jahres zu der Migrationsthematik ja einen größeren Gipfel in ihrem Hause durchgeführt hatte. Und das Arbeiten hinterher, dieses Follow-up, der Nachfolgeprozess, um das neudeutsche Wort ein bisschen zu vermeiden, hat sich auf vier Arbeitskreise verteilt. Man hat also in vier Arbeitsgruppen spezieller zu Themen gearbeitet, die sich in dem großen Gesprächsformat als relevante Themenfelder anbieten. In diesen vier Clustern, wie das dann neudeutsch heißt, also Arbeitskreisen, in meinem Altdeutsch, haben wir in einem der vier mitgearbeitet, nämlich in der vierten, Beschränkung, irreguläre Migration und Rückführung, also Fragen von rechtlichen und gesetzlichen Maßgaben.

Mit dem Gipfel beim Kanzler ist dann vereinbart worden, genau diese Arbeitskreise, diese Arbeitsprozesse fortzusetzen. Und es ging nur, ich kann für die anderen drei Arbeitskreise, für die anderen drei Cluster nicht sprechen, sondern um unseres. Da war ein Termin angesetzt, den das Ministerium abgesagt hat, offenbar aus rein terminlichen Gründen, Näheres dazu kann ich nicht sagen, hatte avisiert, einen neuen Termin



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

festzusetzen. Der scheint zwischenzeitlich auch Anfang August zu sein, sodass damit kein Auf-die-ewige-Bank-Schieben verbunden war, sondern völlig klar ist, dass man in dem Prozess selbstverständlich weitermacht.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Tadsen, möchten Sie eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Bitte!

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Also ich habe das richtig verstanden, Anfang August soll ein Ersatztermin stattfinden. Können Sie dann etwas sagen über die Inhalte, die dort zu diesem Termin besprochen werden sollen? Haben Sie da schon so was wie eine Tagesordnung oder Ähnliches?

Minister Christian Pegel:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe keine Tagesordnung. Ich schließe nicht aus, dass die Kolleginnen und Kollegen im Laufe des Julei eine bekommen werden,

gehe aber davon aus, dass man aufsetzen wird auf die, jetzt bin ich nicht ganz sicher, drei-, vier-, fünfmaligen Treffen, die es ja schon gegeben hat. Da ist ja ein Prozess losgestoßen worden. Man hat im Übrigen auch gewisse Dinge geeint, manche eben auch entweder zwischen den Ländern oder auch mit dem Bund nicht einen können, was man sich inhaltlich als Empfehlungen an die Bundesländer und den Bundestag, die Bundesregierung vorstellt. Ich gehe davon aus, dass schlicht an diesen Punkten weitergearbeitet wird, habe aber keine Tagesordnung konkret, die ich kennen würde.



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befragt Innenminister Christian Pegel.

Fotos: Uwe Sinnecker

■ Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Minister! Wie wir inzwischen wissen, haben Sie alle E-Mails aus Ihrer Zeit als Energieminister mit Bezug zur Klimastiftung und Nord Stream 2 gelöscht, nach eigenen Worten, um Strom und Speicherplatz zu sparen.

(Thore Stein, AfD: Sehr löblich!)

Nun gibt es aus Ihrer Zeit als Innenminister bei den Unterlagen des Untersuchungsausschusses zur Klimastiftung immerhin einen Ordner mit E-Mails von Ihnen. Das Innenministerium hat zudem bereits vor einigen Monaten schriftlich die Vollständigkeit der Unterlagen erklärt. Vor dem Hintergrund der inzwischen bekannt gewordenen Löschaffäre möchte ich Sie dennoch fragen: Haben Sie auch in Ihrer Zeit als Innenminister E-Mails gelöscht, die im Zusammenhang mit der Klimastiftung oder Nord Stream 2 standen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Abgeordnete! Wir haben, genau wie vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss an die Landesregierung gefordert und dann wiederum als Innenministerium, weil wir dort die leitende und lenkende Funktion innerhalb der

Regierung haben, das mit dem Ministerium rückgekoppelt und alle elektronischen Akten an Sie als Parlamentarischen Untersuchungsausschuss geliefert. Sie haben nicht nur die bekommen, sondern Sie haben sogar mehr bekommen. Wir haben nämlich alle Kolleginnen und Kollegen gebeten, ihre E-Mail-Postfächer durchzusehen und im Zweifel, wenn sie dort nicht aktenrelevante E-Mails noch finden sollten, auch die bereitzustellen. Auch das haben die Kolleginnen und Kollegen getan.

Sie haben damit den Überblick über all die Dinge, die wir Ihnen in der Vergangenheit schon berichtet haben, nämlich, dass wir in diesem Hohen Hause in breiter Transparenz wiederholt über die Nord-Stream-2-Pipeline diskutiert haben, Beschlüsse gefasst haben, dass wir auch die Gründung der Stiftung sehr transparent gemacht haben, alle Umstände der Gründung, auch die Möglichkeiten der Stiftung, erstens in der entsprechenden Begründung abgebildet haben und vor allen Dingen auch in diesem Hohen Hause sehr transparent diskutiert haben.

Vor dem Hintergrund, ja, die Vollständigkeitserklärung bezieht sich darauf, ob alle Beteiligten entsprechend ihren Möglichkeiten in ihren Bereichen gesucht und das, was sie gesucht haben, geliefert haben und das, was gesucht und geliefert werden konnte, sogar überobligato-



Minister Christian Pegel

risch, noch einmal, die elektronischen Akten sind, die, die wir aufzubewahren haben. Wir haben darüber hinaus, sofern es noch E-Mails gab, die nicht aktenrelevant gewesen sind, gleichwohl gefunden wurden, Ihnen geliefert, haben die entsprechenden Häuser die entsprechenden Vollständigkeitserklärungen erteilt.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, sehr gerne.

Herr Pegel, Sie wissen natürlich als Innenminister sehr genau, dass, auch wenn die E-Mails erst mal eine Aufbewahrungspflicht vielleicht haben oder nicht, das würde ich gar nicht bewerten wollen, aber doch sehr genau, dass der Untersuchungsausschuss natürlich auch Zugriff auf diese hat und, insofern sie da sind, man sie dann natürlich abrufen darf. Die anderen Fragen müssen wir noch klären.

Am 08.04. haben wir zusammen mit der CDU und FDP den Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses eingereicht. Am 19.05. erklärten Sie hier im Landtag mit Hinblick auf die Akten, ich zitiere: „Hier wird nichts vernichtet ... So etwas findet derzeit nicht statt, so was hat auch in der Vergangenheit nicht stattgefunden.“



Minister Christian Pegel

Wir haben nun aber in den Postfächern verschiedener Mitarbeiter/-innen der Landesregierung zahlreiche E-Mails gefunden, die Sie, Herr Minister, an diese Mitarbeiter/-innen verschickt oder von Ihnen erhalten haben. Diese Mails sind aber in dem von Ihnen übermittelten Mail-Postfach nicht vorhanden, zum Beispiel am 02.05. eine Mail von Christian Pegel mit dem Schreiben des Justizministeriums zur Änderung der Stiftungssatzung oder am 17.05. zwei E-Mails von Christian Pegel zur Kabinettsvorlage zur Gemeinsamen Erklärung von Stiftung und Landesregierung und entsprechenden Finanzfragen.

Ich könnte daher davon eine ganze Liste vortragen – alles Mails, die Sie dem Untersuchungsausschuss nicht übergeben haben, weswegen ich davon ausgehen muss, dass sie ebenfalls gelöscht wurden, und zwar nachdem der Antrag dem Untersuchungsausschuss bereits vorlag und klar war, dass diese E-Mails Beweismittel werden.

Deswegen meine Nachfrage: Wie passt das zu Ihrer vorigen Aussage? Haben Sie selbst nach Beantragung im Untersuchungsausschuss noch E-Mails mit Bezug zur Klimastiftung oder zu Nord Stream 2 gelöscht oder warum haben Sie so viele relevante E-Mails dann nicht mehr vorgelegt?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau das, was wir vor einem Jahr diskutiert haben, stelle ich Ihnen gern noch einmal vor. Ich bin aber nicht sicher, ob Sie es tatsächlich aufnehmen wollen. Es gibt ein elektronisches Aktenverarbeitungssystem der Landesregierung, die E-

Akte DOMEA, das ist der Programmname, in der wir unsere elektronischen Akten ablegen. Da gibt es keine doppelte, dreifache, vierfache Buchführung, sondern eine, wo im Zweifel eben in diese Akte hineingegeben wird. Und dann legt nicht jeder Mitarbeiter eine eigene Akte an, sondern liefert dieser Akte zu. Die von Ministerinnen oder Ministern gefertigten Dokumente werden im Zweifel dort ebenfalls, wenn sie aktenrelevant sind, abgelegt.

Die E-Mail-Postfächer sind keine elektronischen Aktenverarbeitungssysteme. Auch das habe ich im Übrigen damals auf Ihre Nachfrage – da haben wir hier auch schon in ähnlicher Konstellation gestanden – mitgeteilt: In diesen werden keine entsprechenden, weil sie nicht revisionssicher sind, elektronischen Akten abgelegt.

Um das mal zu übersetzen, das ist so ein bisschen ein Briefkasten wie im analogen Wesen. Kein Mensch käme auf die Idee, die gesamte Post im Briefkasten liegenzulassen, sondern wenn wir sie haben und sie wichtig ist, dann packen wir sie in Ordner „Versicherungen“, „Steuerbüro“ und so weiter. Genauso handhaben wir es auch, und auf die Art und Weise ist es Ihnen bereitgestellt worden. Deswegen weise ich ja darauf hin, dass es Ihnen bereitgestellt worden ist. Und genau auf diese E-Akten und die entsprechenden ergänzenden Unterlagen habe ich Bezug genommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)



Marc Reinhardt (CDU)

Marc Reinhardt, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Sowohl in der Mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2022 als auch der für 2019 bis 2024, das heißt in den Haushalten 18/19 und 20/21, wurde von der Landesregierung unter der Beteiligung der CDU als Ziel eine Quote eigenfinanzierter Investitionen in Höhe von mindestens 8 Prozent des Haushaltes ausgegeben. Damit sollten die Investitionen auf hohem Niveau stabil bleiben.

Mit Blick auf die Vergleichswerte der westlichen Flächenländer für die eigenfinanzierte Investitionsquote von 5,6 Prozent im Jahr 2017 und 7,6 Prozent im Jahr 2019 wurde betont, dass sich in den vergangenen Jahren vor allem in den westlichen Ländern ein spürbarer Investitionsstau aufgebaut hatte, weshalb das Investitionsniveau des Durchschnitts der westlichen Flächenländer als Ziel so für Mecklenburg-Vorpommern nicht ausreichend sei, um einen eklatanten Infrastrukturbestand im Land zu erreichen. Das Ziel müsse daher sein, die eigenfinanzierte Investitionsquote nachhaltig auf mindestens 8 Prozent zu steigern, um die Chance auf eine Schließung der Infrastrukturlücke im Vergleich zu Westdeutschland und eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufholprozesses zu erhalten.

Hingewiesen wurde zudem auf die Quote eigenfinanzierter Investitionen im Freistaat Bayern: 8,2 Prozent im Jahr 2018 und 10,3 Prozent im Jahr 2019. In der Mittelfristigen Finanzplanung, Herr Minister, 2021 bis 2026, zum Haushalt der Landesregierung von SPD und LINKEN für 22/23 wurde die Quote eigenfinanzierter Investitionen dagegen nicht einmal

Fotos: Uwe Sinnecker

Befragung der Landesregierung



Minister Heiko Geue

erwähnt, und selbst die Investitionsquote wurde nur noch in den finanzwirtschaftlichen Eckzahlen zum Finanzplan 21-26 aufgeführt.

Ich frage deshalb die Landesregierung oder den Finanzminister: Wie hoch wird die Quote eigenfinanzierter Investitionen im Doppelhaushalt 24/25 und im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 28 ausfallen? Und wie beurteilt der Finanzminister die Werte im Hinblick auf die aktuellen Vergleichswerte der westlichen Flächenländer sowie auf das in der Finanzstrategie der letzten Landesregierung ausgegebene Ziel?

Minister Dr. Heiko Geue:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die eigenfinanzierte Investitionsquote, das ist, damit wir auch alle mitnehmen können, sind ja die Investitionsausgaben, gegebenenfalls noch bereinigt durch Investitionseinnahmen, bezogen auf die Gesamtausgaben. Und Sie haben das dargelegt, das ist ein wichtiges Kriterium, um auch den Aufholprozess des Landes bei Investitionen, gerade Infrastrukturinvestitionen, darzulegen. Ich freue mich über Ihr Interesse schon an dem Doppelhaushalt, den wir ja im Herbst dann im Parlament beraten werden.

Und ich freue mich darüber hinaus, dass es uns gelungen ist, die eigenfinanzierte Investitionsquote auf hohem Niveau zu stabilisieren, auch in der Finanzplanung der nächsten Jahre. Wir sind in den nächsten Jahren um ein Vielfaches höher mit der eigenfinanzierten Investitionsquote als fast im ganzen letzten Jahrzehnt. Da hatten wir eigenfinanzierte Investitionsquoten – 2010 bis 2018 – von zum Teil sogar negativen Größenordnungen oder sonst 0,2



René Domke (FDP)

Prozent, 1,8 Prozent. Erst seit 2019 ist die eigenfinanzierte Investitionsquote auf einem recht hohen Niveau, da war sie 8,8 Prozent. Wir haben aktuell in diesem Jahr eine eigenfinanzierte Investitionsquote von 7,8 Prozent. Das ist die dritthöchste im ganzen Zeitraum. Und wir werden im aktuellen Doppelhaushalt eine eigenfinanzierte Investitionsquote von 7,7 Prozent halten und dann ungefähr so rund 7 Prozent dann in den Jahren darauf haben – nach der jetzigen Planung.

Das müssen Sie aber mal übersetzen: Wir hatten 2018 einen Haushalt in der Größenordnung von 8,6 Milliarden Euro und planen jetzt mit Haushalten von über 11 Milliarden Euro. Also reden wir von viel höheren Investitionssummen. Trotzdem ist die Quote natürlich wichtig, um zu sehen, haben wir hier Möglichkeiten, Aufholprozesse stattfinden zu lassen. Sie wissen, wie wichtig uns gerade Aufbau klimaneutraler Industrie mit der Speichertechnologie Wasserstoffwirtschaft ist. Deswegen sind das gute Nachrichten, dass die Investitionsquote und damit die Investitionssummen auch für die nächsten Jahre auf diesem hohen Niveau geplant sind.

René Domke, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Es geht um den Bau des Radsportzentrums in Schwerin, und man konnte feststellen, dass es sich wohl um 7,7 Millionen Euro verteuern wird. Die Landeshauptstadt hat wohl in ihrem Haushalt schon 1,5 Millionen Euro mehr eingestellt. Das Land ist an der Finanzierung beteiligt und da haben wir Presseberichte gesehen, dass weitere 6,2 Millionen in den Doppel-



Ministerin Stefanie Drese

haushalt 2024/2025 eingestellt werden sollen. Ist das erfolgt? Also wie weit sind da die Verhandlungen und kann sich sozusagen das Radsportzentrum darauf verlassen, dass das Land das auch mit übernimmt?

Ministerin Stefanie Drese:

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Ja, das kann sich darauf verlassen. Wir haben im Haushalt für 2024 5,2 Millionen Euro und für 2025 7,95 Millionen Euro vorgesehen. Es sind also etwas über 13 Millionen bei 22 Millionen, die die Halle kosten soll. Und nach den guten Gesprächen auf Bundesebene, um die 6 Millionen, mit denen wir rechnen, und 3,5 von der Stadt, die im Moment dort im Gespräch sind, lässt sich das auch umsetzen.

Präsidentin Birgit Hesse:

Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP:

Ja, die würde sich genau auf den letzten Satz von Ihnen beziehen, Frau Ministerin. Also der Bund steht zu seiner Zusage? Ich hatte was von 6,5 Millionen gehört, aber Sie sagten jetzt 6 Millionen. Das ist auch gesichert?

Ministerin Stefanie Drese:

Der Bund braucht, um abschließend zu prüfen, die Bauunterlagen. Diese baufachliche Prüfung läuft, aber auch der Bund hat in seinem Haushalt Vorsorge getroffen, sodass wir davon ausgehen können, dass, wenn die baufachliche Prüfung das dann auch hergibt, das auch dort läuft.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 19. Juli 1023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2084	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts	Wirtschaftsaus- schuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung
8/2085	Landes- regierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesstiftungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung
8/2092	AfD	Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Landesgehörlosengeld (Landesgehörlosengeldgesetz – LGIGG M-V)	–	1. Lesung: 13.06.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2218	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben	Innenausschuss	1. Lesung: 13.06.2023 in Beratung
8/2302	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zum Vierten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Vierter Medienänderungsstaatsvertrag)	Innenausschuss	1. Lesung: 11.07.2023 in Beratung
8/2331	Landes- regierung	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums des Landes Mecklenburg-Vorpommern (ELER-Fördergesetz – LEFG M-V)	Agrarausschuss	1. Lesung: 11.07.2023 in Beratung
8/2344	CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes	–	1. Lesung: 11.07.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2348	CDU	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	–	1. Lesung: 11.07.2023 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 11. Juli 2023 entschieden | Stand: 19. Juli 2023

Foto: Uwe Sinnecker

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1743	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 25.01.2023 2. Lesung: 11.07.2023	Anna
8/2066	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Raumordnung und Landesplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 10.05.2023 2. Lesung: 11.07.2023	
8/2091	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 10.05.2023 2. Lesung: 11.07.2023	
8/2107	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern	CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ,FDP	1. Lesung: 10.05.2023 2. Lesung: 11.07.2023	
8/2245	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesrechnungshofgesetzes	SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP	1. Lesung: 13.06.2023 2. Lesung: 11.07.2023	

Landtag trauert



In Gedenken an Barbara Borchardt

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern trauert um Barbara Borchardt. Die langjährige Landtagsabgeordnete ist nach Angaben der Fraktion DIE LINKE am 11. August im Alter von 67 Jahren verstorben.

Barbara Borchardt war von 1998 bis 2002 und erneut von 2004 bis 2016 Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Als Vorsitzende wie auch stellvertretende Vorsitzende gestaltete sie die Arbeit des Petitionsausschusses maßgeblich mit.

Barbara Borchardt gehörte der Landtagsfraktion DIE LINKE an, zunächst als Sprecherin für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften, später für Europa- und Rechtspolitik.

2020 wählte sie der Landtag zur Richterin am Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, dem sie zuvor schon als stellvertretendes Mitglied angehörte.

Foto: Fraktion DIE LINKE



(Fotos: Landtag MV)

Die Delegation des „Europanetzwerks Deutsch“ des Goethe-Instituts Brüssel zu Besuch im Landtag.

Europäischer Besuch

Teilnehmende des „Europanetzwerks Deutsch“ zu Gast im Schloss

■ Am Mittwoch, den 28. Juni 2023, besuchten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms „Europanetzwerk Deutsch“ des Goethe-Instituts aus Brüssel den Landtag MV. Die Delegation setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern elf europäischer Nationen zusammen, die ihren Dienst in verschiedenen Europäischen Institutionen oder Ministerien für Europaangelegenheiten ausüben.

Im Auftrag des Auswärtigen Amtes fördert das Goethe-Institut seit 1994 die deutsche Sprache als Arbeits- und Verfahrenssprache in den Europäischen Institutionen. Das Programm setzt sich aktiv für die Netzbildung zwischen relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa ein.

Im Rahmen des Besuches der Delegation im Landtag MV kamen die Vertreter des Netzwerkes zu einem Gesprächstermin mit den Obleuten des Rechtsausschusses des Landtages zusammen. Dabei wurden zunächst Fragen rund um die parlamentarische Arbeit im Landtag sowie die Zusammenarbeit im Ostsee-

raum thematisiert. Außerdem waren die Bestrebungen des Schlosses Thema, sich mit dem Schlossensemble im kommenden Jahr zur Wahl als Weltkulturerbe zu stellen.

Des Weiteren kam die Delegation mit den Obleuten zu dem Thema der Ursachen und Maßnahmen zur Eindämmung des Lehrer- und Fachkräftemangels ins Gespräch. Hierbei wurde vonseiten der Obleute betont, dass in MV in Bezug auf den Lehrermangel unter anderem mit der Senkung der Formalien für Quereinsteiger reagiert werde und bessere Rahmenbedingungen geschaffen worden seien, beispielsweise durch die Verbeamtung von Lehrkräften. Das Land habe allerdings auch mit einem Planungsdefizit zu kämpfen. Weiterhin müsse man die Erfahrungen nutzen, die hinsichtlich des digitalen Unterrichts während der Pandemie gemacht worden seien. Herausfordernd sei aber auch, die gut ausgebildeten Fachkräfte im Land zu halten beziehungsweise ausländische Kräfte zu werben. Hier bestehe – auch innerhalb Deutschlands – ein großer Wettbewerb. Dabei kam zum Ausdruck, wie die einzelnen Fraktionen diese wichtigen Punkte einschätzen.

Außerdem erkundigte sich die Delegation nach den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine auf die parlamentarischen Beziehungen im Ostseeraum sowie die Entwicklung der Beziehung zu Russland insgesamt. Hierzu berichteten die Obleute über den historischen Verlauf der zwischenstaatlichen Beziehungen und über die Suspendierung Russlands aus Gremien im



Zweite Vizepräsidentin des Landtages und stellv. Mitglied im Rechtsausschuss Elke-Annette Schmidt und stellv. Vorsitzender des Rechtsausschusses Prof. Dr. Robert Northoff

demokratischem Ostseeraum in Folge des Angriffskrieges. Die Vertreter der Fraktionen machten unterschiedliche Positionen deutlich.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen tauschten sich außerdem mit den Obleuten über das aktuell im Rechtsausschuss diskutierte Thema der Gefangenvergütung aus. In anderen europäischen Ländern scheint es eine höhere Vergütung und eine Art Rentenversicherung bezüglich der Inhaftierten zu geben.

Der stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Robert Northoff bewertete den Termin im Nachgang: „Eine Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus anderen Ländern der Europäischen Union ist immer anregend. Durch die Beteiligung aller Parteien konnte eine offene, teils auch kontroverse, Erörterung erfolgen. Dabei war es bemerkenswert, wie konstruktiv alle Beteiligten damit umgegangen sind, dass es unterschiedliche Auffassungen zu manchen Fragen in unserem Land und in der Europäischen Union gibt.“



Der Agrarausschuss besucht die Agrarproduktions- und Vertriebsgemeinschaft Rügen/Samtens.

Fotos: Landtag MV

Exkursion

Agrarausschuss informierte sich auf Rügen über regionale Wirtschaftskreisläufe

Im Rahmen einer Tagesexkursion am 5. Juli hatten sich Mitglieder des Agrarausschusses auf Deutschlands größter Insel exemplarisch über die Situation und Probleme von Milchviehbetrieben sowie über die extensive Bewirtschaftung von wiedervernässten Niedermoorflächen informiert.

Vertreter der Agrarproduktions- und Vertriebsgemeinschaft Rügen/Samtens e.G. legten ihr Produktionskonzept dar, das neben dem Marktfruchtanbau, ergänzt durch Leguminosen (Hülsenfrüchtler) auf mehreren Säulen regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfung vor Ort beruht: die Produktion, Verarbeitung und Nutzung der Ölfrüchte Sonnenblume und Raps, die Produktion von Milch und Fleisch sowie die Produktion von Biogas. Ergänzt wird das wirtschaftliche Betätigungsfeld durch einen Landhandel, der auch individuelle Futtermischungen für die Tierproduktion herstellt. Insgesamt beschäftigt die APV e.G. 45 Mitarbeiter. Unternehmerischer Schwerpunkt des Landhandels ist die Erzeugung und Direktvermarktung von Raps- und Sonnenblumenöl (ca. 200 000 Liter/a). Ein weiteres wichtiges wirt-



Vertreter der Ostseestiftung
(v.l.n.r.: Dr. Sabine Grube, Georg Nikelski)

schaftliches Standbein ist die Zusammenarbeit mit der C4 Energie GmbH zur Biogaserzeugung mit einem eigenen Fernwärmenetz für den Ort Samtens und die Kreisstadt Bergen. Insgesamt werden ca. 6.000 Kunden im Fernwärmenetz versorgt. Zur Erzeugung des Biogases werden Roggen, Mais und Gülle eingesetzt. Vertreter der Genossenschaft führten abschließend aus, dass man trotz schwieriger Marktlage gemeinsam mit den Partnern einen Weg gefunden habe vor Ort Wertschöpfung zu erzielen.

Nach der Begehung der Wirtschafts- und Produktionsbereiche bei der APV Samtens e.G. hatten die Ausschussmitglieder die Gelegenheit, sich mit Vertretern der Genossenschaft, des Bauernverbandes Rügen, der Ostseestiftung sowie dem Bürgermeister der Gemeinde Ramin individuell auszutauschen.

Am Nachmittag hatte der Ausschuss den Polder Drammendorf besucht und sich von Vertretern der Ostseestiftung

über das Küstenmoor informieren lassen, dessen Situation stark vom Wasserstand der Ostsee abhängig ist. Ziel der Bewirtschaftung des Polders ist es, dass sich die vorhandenen Moorflächen nach Jahrzehnten der Degradation wieder erholen und sich eigenständig entwickeln, um dem Flächenverlust im Küstenbereich zu begegnen.

Unterstützt wird das Projekt der Ostseestiftung, das mit seiner Fläche von ca. 100 ha als Teil des Hotspots für biologische Vielfalt fungiert, durch die Gemeinde Ramin und den Landwirtschaftsbetrieb APV Samtens eG, der die Flächen nachhaltig bewirtschaftet. Den finanziellen Rahmen für die Maßnahmen bildet das Bundesprogramm Biologische Vielfalt, das rund 50 % der Gesamtkosten in Höhe von 2,5 Mio. Euro trägt. Weitere Unterstützer sind die Ostseestiftung (35 %), der WWF Deutschland (10 %) sowie das Land mit 5 %. Die Flächen selbst befinden sich im Eigentum der Ostseestiftung sowie der Stiftung für Umwelt und Naturschutz MV. Seit dem Durchstich des alten Deiches im Jahr 2019 konnten ca. 100 ha Küstenüberflutungsmoor, Flachwasserbereiche, Röhrichte und Salzgrasland renaturiert werden. Inzwischen siedeln wieder deutlich mehr heimische Vögel, wie z.B. der Große Brachvogel, auf den Flächen, die auch für den Vogelzug eine wichtige Bedeutung haben.

Justiz 2030

Zukunft der Justiz und Landesstiftungsgesetz Thema im Rechtsausschuss

■ Zunächst hatte der Rechtsausschuss Sachverständige zum Landesstiftungsgesetz in der Hofdornitz des Landtages zu Gast. In der öffentlichen Anhörung wurden die einzelnen Themen der Gesetzesänderung besprochen.

Mit Sebastian Kriedel vom Landesnetz der Stiftungen, Markus Wiechert von der Evangelischen Kirche und Wilfried Holze von der Bürgerstiftung Neubrandenburg waren eine Reihe von Praktikern vor Ort. Sodann folgten mit Prof. Dr. Birgit Weitemeyer und Dr. Katharina Gollan zwei ausgewiesene Expertinnen im Stiftungsrecht.

Andreas Wellmann vom Städte- und Gemeindetag und als Vertreter der Bürgerstiftung Wismar brachte beide Felder zusammen. Im Ergebnis brachten es die Sachverständigen auf den Punkt, als sie ausführten, dass der Ausschuss gerade eines der "besten Gesetze" berate - wenn es auch noch Verbesserungsvorschläge gab.

So wurde diskutiert, ob ein "Transparenzregister" die Stiftungen entlasten könnte. Darin könnten zum Beispiel die Vertretungsbefugnisse formuliert werden. Auch der Vorschlag, noch einen Rechtsbehelf einzuführen, mit dem vor den Verwaltungsgerichten geklagt werden könnte, wurde diskutiert. Hier gingen die Meinungen insoweit auseinander, als der Rechtsbehelf zum Teil für die Bundesebene gefordert wurde: Mecklenburg-Vorpommern wäre das erste deutsche Bundesland, das so etwas in sein Recht aufnehmen würde.

Zudem war die "Justiz 2030" ein weiteres Thema der Sitzung des Rechtsausschusses. In der Unterrichtung durch die Justizministerin informierte diese über Herausforderungen und Chancen, die bildlich vor den Türen des Ministeriums stehen: Elektronische Akte, Mobilisierung der Justiz und ein großer Personalwechsel.

In der Auswertung der Anhörung wurde unter anderem das Transparenzregister besprochen. Tatsächlich ist es so, dass die Stiftungsaufsicht im Justizministeri-

um jeder Stiftung deren Vertretungsbefugnisse ohnehin bescheinigen können muss. Fraglich ist, ob es daneben noch eines Transparenzregisters bedarf. Die Ministerin berichtete auch von der Verbraucherschutzministerkonferenz in

Konstanz. Dabei ging es auch um das Problem der Lebensmittelverschwendung, das auf Bundesebene nun mit einer Vereinbarung mit den großen Lebensmittelmärkten angegangen werden soll

Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft

Finanzausschuss zu Informationsbesuch vor Ort



Foto: Landtag MV

Abgeordnete beraten mit Vertretern der Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft.

■ Der Finanzausschuss des Landtages hat am 10. Juli 2023 einen Informationsbesuch bei der IAG (Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH) in Selmsdorf durchgeführt. Im Rahmen dieses Termins informierten sich die Mitglieder des Finanzausschusses über die wesentlichen Finanzdaten dieser Landesbeteiligung sowie die Vorstellungen für die künftige Nutzung des Areals.

Die Vertreter der IAG teilten unter anderem mit, dass von der 180 Hektar großen Gesamtfläche etwa 113 Hektar für die Deponierung zur Verfügung stünden. Heute würde zudem etwa ein Drittel der angelieferten Abfälle aus Mecklenburg-Vorpommern stammen, weitere 28 Prozent seien aus Schleswig-Holstein und etwa 23 Prozent aus Hamburg. Ausländischer Müll werde zudem seit 2019 nicht mehr angenommen. Neben dem Deponiebetrieb gebe es auf dem Areal auch eine Aufbereitungsanlage, wo der Haus- und Gewerbemüll, beispielsweise aus Schwerin, aufbereitet und sortiert werde. Hierzu muss man wissen, dass Haus- und Gewerbemüll schon seit 18 Jahren nicht mehr deponiert werden darf, was

diese Aufbereitungsanlage erforderlich gemacht hat.

Im Anschluss an die Beratung haben die Ausschussmitglieder eine Rundfahrt mit einem Bus über das sehr weitläufige Gelände gemacht und so den Weg von der Abfallanlieferung per LKW über eine Waage bis hin zur eigentlichen Ablagerungsstelle auf dem Areal erkundet. Im Durchschnitt würden etwa 100 LKW täglich das Deponiegelände erreichen.

Die Vertreter der IAG informierten auch über die Sammlung und Bearbeitung des Sickerwassers sowie die Verwendung des Deponiegases im eigenen Blockheizkraftwerk.

Die Ausschussmitglieder wurden auch über die künftigen Pläne der Nutzung des Areals informiert. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass entsprechend einem Kabinettsbeschluss der Landesregierung ab 2035 keine DK-III-Abfälle mehr auf der Deponie angenommen werden. Auf der einmal geschlossenen Deponiefläche seien etwa 140 Hektar für PV-Anlagen zur Energiegewinnung vorgesehen. Ferner solle ein grünes Gewerbegebiet entstehen.

AufgeSCHLOSSen – Eine Bühne in MV

Kultur und Politik im Innenhof des Schweriner Schlosses
vom 6. bis zum 13. September

Foto: Landtag MV



Die Bühne im Schlossinnenhof lockt mit einem bunten Programm.

■ Unter der Überschrift „AufgeSCHLOSSen – Eine Bühne in MV“ sind im Innenhof des Schweriner Schlosses im Zeitraum vom 6. bis zum 13. September 2023 verschiedene Veranstaltungen zu erleben – viele davon kostenfrei. Die vom Landtag verantwortete Veranstaltungsreihe bietet eine Mischung aus Information, Unterhaltung und Politik. Schirmherrin ist Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Nach den so positiven Erfahrungen der vergangenen drei Jahre steht im Innenhof erneut eine Bühne, die Kultur und Veranstaltungen mit Bezug zu Parlament und Schloss möglich macht. Die bunte Mischung passt zum Landtag. Das wunderschöne Ambiente des Innenhofes sorgt zusätzlich für eine sehr besondere Atmosphäre. Ich freue mich auf das Programm und bin gespannt auf die Resonanz.“

Zum Auftakt dreht sich am **Mittwoch (6. September 2023)** ab 17.30 Uhr alles um das Thema Welterbe: „Paris, London, Schwerin? Das Residenzensemble im internationalen Vergleich“ – so lautet der Titel des Vortrags von Dr. Paul Sigel. Fragen der Gäste, eine Podiumsdiskussion und Informationen zum Stand der Schweriner Bewerbung runden den Abend ab. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Platzwahl ist frei.

Der **Donnerstag (7. September 2023)** wird zum Bientag. Zwischen 9.30 Uhr und 12.30 Uhr gibt es zunächst eine Einführung von Volker Jahnke vom Freilichtmuseum Schwerin-Mueß. Teil des Bieneninformationstages, der sich an Schulklassen, Jugendliche und Erwachsene richtet, ist ebenfalls der Dokumentarfilm „Tagebuch einer Biene“. Der Film wird auf einer Leinwand im Schlossinnenhof gezeigt. Der Eintritt ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Platzwahl ist frei.

Am **Donnerstagabend (7. September 2023)** liest die Schweriner Krimiautorin Diana Salow ab 18.00 Uhr aus ihrem Buch „Mörderisches Schwerin – Theater des Todes“. Karten sind an der Abendkasse erhältlich. Einlass ist ab 17.30 Uhr. Der Eintritt beträgt 5,- Euro. Die Einnahmen fließen als Spende dem Kinderschutzbund zu.

Am **Freitag (8. September 2023)** wird der Innenhof des Schweriner Schlosses zum Freiluft-Kino. Gezeigt wird ab 19.30 Uhr das zu großen Teilen im und am Schweriner Schloss gedrehte Fantasy-Drama „The Mad King“. Der Film

spielt im Jahr 1850. Im Mittelpunkt: der König der Könige, John Frederick. Seine Brutalität, seine Frauenfeindlichkeit, sein Rassismus haben ihm einen berüchtigten Titel eingebracht, den des verrückten Königs. Produziert von der Filmstudio Lüneburg GmbH und vorgestellt auf dem Marché du Film während des diesjährigen Filmfestes in Cannes ist diese Preview des voraussichtlich 2024 in die Kinos kommenden Films ein Dankeschön an Schwerin und nicht zuletzt das Schloss als maßgeblichen Drehort. Der Film wird in englischer Sprache und mit englischen Untertiteln gezeigt. Der Einlass beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Platzwahl ist frei. Zu beachten ist, dass der Film Schwertkampfszenen enthält und derzeit eine offizielle Altersfreigabe bzw. Einstufung noch nicht erfolgt ist. Aus rechtlichen Gründen sind Videoaufnahmen vom Geschehen auf der Leinwand nicht möglich. Link zum Trailer: <https://www.madkingthemovie.com/>

Auch am **Samstag (9. September 2023)** gibt es eine weitere Filmvorführung. Die landesweite Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zeigt den Film „Welcome to Norway“. Inhalt: Ein norwegischer Hotelbesitzer funktioniert seine Herberge wegen ausbleibender Gäste in eine Flüchtlingsunterkunft für 50 Menschen um. Der Film wird in deutscher Sprache gezeigt. Einlass ist ab 18.00 Uhr. Von 19.00 bis 19.30 Uhr ist ein Podiumsgespräch auf der Bühne geplant. Unmittelbar danach beginnt der Film. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Platzwahl ist frei.

Der **Sonntag (10. September 2023)** steht im Zeichen des Tages des offenen Denkmals. Eröffnet wird der Informationstag um 13.00 Uhr auf der Bühne im Innenhof des Schweriner Schlosses von Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Nach einem einführenden Vortrag besteht die Möglichkeit an kostenlosen Führungen teilzunehmen (nach Anmeldung vor Ort). Um 14.30 Uhr öffnet die Drehbrücke zwischen Schlossinsel und Schlossgarten.

Am **Mittwoch (13. September 2023)** lädt die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ ab 16.30 Uhr zur Veranstaltung „#mitmischenMV – Musik und Politik im Innenhof des Schweriner Schlosses“ ein. Die Podiumsdiskussion und das anschließende Konzert der Bands Luna Soul und LES BUMMMS BOYS bilden den Abschluss der diesjährigen Veranstaltungsreihe. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Platzwahl ist frei.

Für alle Veranstaltungen gilt:

Sollte die Kapazitätsgrenze erreicht sein, können keine weiteren Gäste eingelassen werden.



AUFGESCHLOSSEN

EINE BÜHNE IN MV



Schirmherrschaft:
Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern
Birgit Hesse

06. bis 13. September

SCHLOSSINNENHOF

**06
SEP**

Auf den Spuren des Welterbes

Informationsveranstaltung
Beginn: 17.30 Uhr

kostenloser Eintritt
Paris, London, Schwerin?
Das Residenzensemble im internationalen
Vergleich. Vortrag von Dr. phil. Paul Sigel

**08
SEP**

Preview „THE MAD KING“

Filmvorführung in englischer Sprache
Beginn: 19.30 Uhr, Einlass ab 19.00 Uhr

kostenloser Eintritt
Das Fantasy-Drama spielt im Jahr 1850, handelt von
König John Frederick und wurde vorwiegend im
und am Schweriner Schloss gedreht.
Trailer unter: www.madkingthemovie.com

**07
SEP**

Bientag

Informationsveranstaltung
Beginn: 09.30 Uhr, Ende: 12.30 Uhr

kostenloser Eintritt
Einführung zum Bieneninformationstag mit
Herrn Volker Jahnke vom Freilichtmuseum Mueß
sowie Vorführung des Dokumentarfilmes
„Tagebuch einer Biene“ für Schulklassen,
Jugendliche und Erwachsene

**10
SEP**

Tag des offenen Denkmals®

Informationsveranstaltung
Beginn: 13.00 Uhr

kostenloser Eintritt
Einführungsvortrag zum Schweriner Schloss,
13.30 & 15.30 Uhr: kostenlose Führungen nach
Anmeldung vor Ort, 14.30 Uhr: Öffnung der
Drehbrücke

**07
SEP**

„Mörderisches Schwerin – Theater des Todes“ mit Diana Salow

Lesung
Beginn: 18.00 Uhr, Einlass: ab 17.30 Uhr

Tickets 5 Euro an der Abendkasse
Die Schweriner Autorin Diana Salow liest aus ihrem
Krimiroman „Theater des Todes“. Die Einnahmen
werden an den Kinderschutzbund gespendet.

**13
SEP**

#mitmischenMV – Musik und Politik im Innenhof des Schweriner Schlosses

Podiumsdiskussion und Konzert
(Bands: Luna Soul & LES BUMMMS BOYS)
Beginn: 16.30 Uhr

kostenlose Veranstaltung der Enquete-Kommission
„Jung sein in MV“ des Landtages Mecklenburg-
Vorpommern im Rahmen des Beteiligungsprozesses
#mitmischenMV



**TERMIN-
UND TICKETINFOS**





Fotos: Landtag MV

Dürfen wir vorstellen, das ist Fledi! Landtagspräsidentin Birgit Hesse freut sich über die Fledermaus mit Landtagslogo im Flügel, die ab jetzt das erste Gastgeschenk mit Namen ist.

Falls Sie es noch nicht wussten: Das Schloss Schwerin gilt als eines der größten und bekanntesten Winterquartiere von Fledermäusen in Mecklenburg. Vor allem die Grotte am See mit feuchten Gewölben und der Petermännchen-Gang unterhalb der

Schlosskirche mit seinen dunklen Spalten sind bei ihnen beliebt. Es war daher nur eine Frage der Zeit, dass die Fledermaus auch symbolisch im Landtag einzieht! Auf den Social-Media-Kanälen und unter den Besucherinnen und Besuchern im Schloss wurde abgestimmt, wie das kleine Plüsch-Tierchen heißen soll. Mit 32,7 Prozent der Stimmen hat „Fledi“ sich gegen Fritzi, Flo, Dragi, Mika und Niki durchgesetzt.

Am 20. August nahm Landtagspräsidentin Birgit Hesse beim Schwedenlauf im Rahmen des großen Schwedenfestes teil. Jedes Jahr erinnert die Hansestadt mit dem Fest an ihre langjährige Zugehörigkeit zum Königreich Schweden und bietet ihren Gästen dafür eine bunte Mischung aus schwedischen Bräuchen, Spezialitäten, einem Bühnenprogramm und vielen Mitmach-Aktionen. Zahlreiche Gäste waren vor Ort, um gemeinsam die deutsch-schwedische Freundschaft zu feiern.



Sommerfest im Landtag MV: Gemeinsam mit Abgeordneten, zahlreichen geladenen Gästen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde am 13. Juli das parlamentarische Sommerfest auf der Schlossinsel gefeiert. Gewitter und starker Regen unmittelbar vor Beginn haben die Stimmung nicht getrübt – die Gäste konnten den Abend genießen.

Der Erlös der Tombola kommt dem Kinderzentrum Mecklenburg zugute, das sich der Arbeit mit traumatisierten und schwerstkranken Kindern widmet.

Foto: Uwe Sinnecker